

Bundesrepublik. Als wir von Ihnen übernommen haben, da waren es noch kümmerliche 22 %. In dieser Zeit ist das passiert. Das kann man nicht in fünf Jahren aufholen. Wir sind auf einem guten Weg gewesen. Sie machen jetzt wieder alles kaputt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor, so dass ich die Debatte zur **Aktuellen Stunde** **schließe**.

Bevor ich aber den Tagesordnungspunkt schließe, hat der Kollege Dr. Orth darum gebeten, nach § 29 unserer Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung machen zu dürfen. Herr Kollege Orth, Sie haben das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Körfges, Sie haben eben behauptet, ich hätte im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich zu Kindergartenbeiträgen und zu Beiträgen beim Studium gesprochen. Ich habe beide Worte nicht einmal in den Mund genommen. Ich möchte klarstellen, damit hier nicht ein falscher Zungenschlag reinkommt: Sie haben mir etwas unterstellt, was ich so nie gesagt habe. Ich habe nur zur Zukunft des Länderfinanzausgleichs gesprochen. Das hätte ich mir bei Ihnen auch gewünscht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Orth. – Damit ich schließe ich den Tagesordnungspunkt 1 und rufe auf:

2 Rot-Grüne Haushaltspolitik versinkt im Chaos

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1198

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1235

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende Fraktion spricht Herr Dr. Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch nie hat eine Landesregierung in Nordrhein-Westfalen innerhalb weniger Wochen ein derartiges Chaos in der Haushaltspolitik angerichtet wie diese rot-grüne Landesregierung.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Die Frage, die sich vielen Beobachtern aufdrängt, lautet: Ist das Unfähigkeit oder dreiste Trickserie? Ich fürchte, beides, meine sehr verehrten Damen und Herren. Was insbesondere der Finanzminister in den letzten Wochen Parlament, Verfassungsrichtern und Öffentlichkeit zugemutet hat, spottet wirklich jeder Beschreibung.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das geht heute Morgen munter weiter. Ich habe hier die Presseerklärung des Finanzministers vom heutigen Tage zur Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in Händen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Da wären Sie mal besser hingegangen!)

– Ich halte mich an das Papier des Finanzministers. Darin stellt er – das gibt er jetzt auch offen zu – zunächst einmal fest, dass er persönlich am 13. Januar über die neuen Haushaltsdaten informiert worden sei.

Im Übrigen, Herr Finanzminister, hat Ihr Haus – das haben Sie in der letzten Vorlage einräumen müssen – bereits am 12. Januar mit den exakten Zahlen gerechnet. Also, am 13. Januar – das war, meine Damen und Herren, eine Woche vor der parlamentarischen Debatte über diesen Punkt, der übrigens als Regierungsunterrichtung noch von Ihnen selber beantragt worden ist – kannten Sie also die neuen Zahlen, Herr Finanzminister! Das wollen wir hier zunächst einmal festhalten.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ich zitiere nur aus der Presseerklärung Ihres Finanzministers, Frau Ministerpräsidentin. Ich zitiere jetzt weiter. Ich kann Ihnen auch sagen, aus welchen Punkten.

Zu Punkt 4 sagt der Finanzminister heute in seiner Erklärung, er habe die aktuellen Zahlen zum Haushaltsvollzug für – und jetzt hören Sie gut zu, meine Kolleginnen und Kollegen – eine wichtige Information im laufenden Verfahren vor dem Verfassungsgericht gehalten. Ich kann Ihnen sagen, Herr Walter-Borjans: Wir auch! Aber wenn Sie das – das ist doch wohl unstrittig – für eine wichtige Information gehalten haben: Weshalb haben Sie Parlament, Verfassungsgericht und Öffentlichkeit nicht informiert? Weshalb nicht?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie sagen – ich zitiere weiter aus Punkt 7 –, Sie hätten keine Veranlassung gehabt, die noch nicht abschließend geprüften Zahlen bei der Unterrichtung im Landtag vorzutragen. Weiter – das ist wirklich die Krönung – sagen Sie in Punkt 9, das bedeute nicht, dass der Finanzminister zu ständigen Wasserstandsmeldungen verpflichtet sei.

(Zuruf von der CDU: Ungeheuerlich!)

Wissen Sie, Herr Walter-Borjans, vielleicht sind Sie mit einer solchen Vorgehensweise in der Kölner Stadtverwaltung durchgekommen. Vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen kommen Sie mit einer solchen Vertuschungsstrategie nicht durch. Das darf ich Ihnen in aller Klarheit sagen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie betreiben Haushaltspolitik nach der Devise: tarnen, tricksen, täuschen. Das haben Sie von vornherein auch im Verfahren gegenüber dem VGH so gemacht. Sie haben das freundliche Angebot des Verfassungsgerichts, doch bitte freiwillig zu erklären, dass Sie von der Kreditermächtigung bis zur Entscheidung in der Hauptsache nicht Gebrauch machen würden, brüsk zurückgewiesen. Sie haben doch ganz gezielt bis in die letzten Tage vor dem Urteil hinein die Öffentlichkeit im Unklaren darüber gelassen, ob die Kreditermächtigungen von Ihnen bereits gezogen worden sind oder nicht, Herr Finanzminister. Das ist doch die Realität. Das weiß auch jeder, der diesen Vorgang begleitet hat.

Sie wollen mit Ihrer Operation erreichen, dass Rot-Grün – das war Ihr Ziel – die Neuverschuldung noch in 2010 ohne sachliche Notwendigkeit gewaltsam nach oben drückt, um sich auf Pump eine schwarze Kasse für Ihre künftige Regierungsarbeit zuzulegen. Das war die eigentliche Zielsetzung Ihres Manövers.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Und Sie wollten die Rechnung für diese schwarze Kasse der Vorgängerregierung unterjubeln, Herr Finanzminister! Das ist doch die Strategie gewesen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das haben wir doch am 19. auch noch einmal gehört. Da wird dann von Abschlussbilanz geredet. Sie können jetzt – vielleicht hören wir das ja gleich wieder – Ihre Redeversatzstücke, Ihre Redebausteine, Herr Kollege Römer, von der Festplatte löschen.

Ihr Finanzminister war so freundlich ...

(Norbert Römer [SPD]: Schlussabrechnung!)

– Ja, wie sieht denn die Schlussabrechnung aus? Schwarz-Gelb hat hervorragend gewirtschaftet!

(Lachen von der SPD und von den GRÜNEN –
Beifall von der FDP und von der CDU)

Da sind keine verdeckten Schulden, sondern da sind Minderausgaben und Mehreinnahmen übrig geblieben, die Ihnen die Möglichkeit gegeben hätten, die Neuverschuldung nicht zu erhöhen, sondern abzusenken, Herr Kollege Römer.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ihr Kartenhaus ist zusammengebrochen. Sie wollen unnötige und verfassungswidrige Schulden machen und sind dabei erwischt worden, Herr Finanzminister. Ihre Autorität als Finanzminister ist zerstört, und die politische Botschaft dieser Tage lautet, meine

Damen und Herren: Das Geld der Bürger ist bei dieser Landesregierung nicht in guten Händen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das Vertrauen in die Solidität Ihrer rot-grünen Koalition, Frau Ministerpräsidentin, ist gründlich ruiniert.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Und Ihre kommunistischen Compañeros fordern munter jeden Tag neue Schulden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Unverschämtheit! Extremist! – Michael Aggelidis [LINKE]: In welchem Staat leben Sie eigentlich?)

Die Linkspartei hat angekündigt, wenn das Verfassungsgericht die Schuldenaufnahme verbiete, werde man sich überlegen, das Verfassungsgericht zu verklagen.

(Lachen von der FDP)

Auf eine solche Idee, meine Damen und Herren, muss man erst einmal kommen. Das sind Ihre Helfershelfer, Frau Ministerpräsidentin. Ich würde mir das noch einmal in Ruhe durch den Kopf gehen lassen.

(Beifall von der FDP und von der CDU –
Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben den Schuss nicht gehört!)

Herr Walter-Borjans, Sie sollten sich heute ganz schleunig förmlich

(Die Mikrofonanlage fällt für einen Moment aus. – Zurufe: Mikro! Mikro!)

für ihre Verdunklungsversuche entschuldigen. Das ist die Chance, deutlich zu machen, dass Sie wesentliche Informationen dem Parlament und der Öffentlichkeit vorenthalten haben.

Das ist nicht akzeptabel. Wir werden so etwas jetzt und auch in Zukunft nicht hinnehmen. So geht man mit dem Parlament, dem Verfassungsgericht und der Öffentlichkeit nicht um. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Papke. Entschuldigen Sie bitte, dass für einen kurzen Moment das Mikrofon nicht mehr eingeschaltet war.

(Zuruf von der SPD: Das war auch nicht so schlimm!)

Das wird auch nicht mehr vorkommen.

Im Hinblick auf einen Zuruf von Herrn Kollegen Sagel möchte ich darauf aufmerksam machen, dass es auch unparlamentarische Ausdrücke im Rahmen von Zwischenrufen gibt. Sie haben eben einen verwendet.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann sagen Sie bitte dem Kollegen aber auch Bescheid, was er da von sich gibt!)

– Bitte! Sie haben jetzt nicht mit mir zu diskutieren. Ich weise Sie darauf hin, dass Sie einen unparlamentarischen Ausdruck verwendet haben.

(Beifall von der FDP)

Für die CDU hat der Kollege Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer die Haushaltspolitik der Minderheitsregierung seit deren Start verfolgt, muss mittlerweile an seinem Verstand zweifeln. Aus angeblich riesigen Haushaltslöchern im Etat der Vorgängerregierung sind mittlerweile riesige Überschusspositionen geworden. Das Haushaltschaos, das die Menschen seit Wochen im Land verwirrt, hat einen einzigen Grund, meine Damen und Herren: Die Ministerpräsidentin, die gefühlte Siegerin der Wahlnacht, hat von Anfang an versucht, mit einmaliger moralischer Überheblichkeit die Erfolgsbilanz der CDU/FDP-Regierung zu diskreditieren und zu zerstören.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von der SPD)

Um dieses Ziel zu erreichen, sollte der Eindruck erweckt werden, die Regierung Rüttgers habe in ihrer Kernkompetenz, nämlich in der soliden Haushaltsführung, getäuscht, betrogen und völlig versagt.

Der schwache Finanzminister hat Sie dabei willfährig unterstützt, allerdings ohne das Ende zu bedenken; denn plötzlich ist die Schlussbilanz von Schwarz-Gelb nicht das von der „Wackelregierung“ vollmundig angekündigte Desaster, sie erweist sich stattdessen als die Fortsetzung einer Erfolgsgeschichte.

Mit dem Jahresabschluss und dem Licht des Blitzes aus Münster fallen die ganzen Vorwürfe von Unterfinanzierung und Bilanzbetrug in sich zusammen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Heute zeigt sich, wer wirklich die Fälscher waren: Im Juli 2010 hat der Finanzminister versucht, die von der Ministerpräsidentin angezettelte Verschuldungsorgie mit angeblich geschönten Haushaltszahlen der Vorgängerregierung zu rechtfertigen. Da sollte es Steuerausfälle in Höhe von 1,2 Milliarden € sowie 500 Millionen Zusatzbedarfe der Ministerien gegeben haben. Da war die Rede von 1.300 Bauräumen bei Kindertagesstätten, da war die Rede von „toten Hühnern“, die Finanzminister Dr. Linssen angeblich über den Zaun geworfen hatte. Im September sollte der Landeshaushalt mit dem Nachtrag angeblich auf eine ehrliche Basis gestellt werden.

Dieser Nachtrag sollte die vernichtende Schlussbilanz der Regierung Rüttgers sein. Dreist wurde be-

hauptet: Die alte Landesregierung hat bereits mit einer Kreditaufnahme von 6,6 Milliarden € gerechnet. Wenn sie seriös geplant hätte, hätte sie die Aufstockung um 2,3 Milliarden € ebenso vollziehen müssen, wie wir das jetzt tun, und zwar noch im September.

Selbst als Haushaltsverbesserungen im Dezember und sehr früh im Januar von mehr als 2 Milliarden € bei den Steuereinnahmen, bei den Steinkohlebeihilfen, im Länderfinanzausgleich, bei den Personalkosten oder bei den Zinsaufwendungen ohne Lupe von jedem halbwegs Sachkundigen erkennbar waren, denen dann nur 500 Millionen € notwendige Mehrausgaben gegenüberstanden, haben der Finanzminister und seine Schuldenkönigin an ihrem verhängnisvollen Weg festgehalten. Selbst dann noch sollte die Verschuldungsorgie alternativlose politische Handlung sein.

Meine Damen und Herren, es kann überhaupt nicht sein, dass der Finanzminister und die Ministerpräsidentin über die wahre Kassenlage des Landes nicht informiert waren.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Zu routiniert und zu eingespielt sind die Berichtsabläufe im Finanzministerium. Und da hilft es auch nichts, dass der Finanzminister nach dem Donnerschlag aus Münster plötzlich einen verborgenen Milliardenchatz entdeckt hat. Da hilft es nichts, dass die Ministerpräsidentin nun wirklich mit treuem Augenaufschlag feststellt, es sei doch kein Grund zur Kritik, sondern eigentlich ein Grund zur Freude, wenn man einen solchen Schatz findet. Und da hilft es auch nichts, wenn die Ministerpräsidentin ebenso treuherzig erklärt, man habe diese tollen Zahlen jetzt veröffentlichen müssen, um dem Bundesfinanzminister zuvorzukommen, der schließlich Zugriff auf die Landesdaten hat.

Fakt ist: Bei der Unterrichtung des Landtags am 19. Januar waren die echten Zahlen bereits nach Berlin gemeldet. Heute hat der Finanzminister in einer Presseerklärung eingeräumt: Ich wurde am 13. Januar telefonisch über die vorläufige Haushaltsverbesserung unterrichtet. – Er fügt dann hinzu: Eine Verpflichtung der unverzüglichen Unterrichtung des Landtags leitet sich daraus nicht ab.

Meine Damen und Herren, Sie übermitteln eine Information der Landesregierung an den Landtag, unterschlagen aber diesen wichtigen Sachverhalt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie haben es gewusst, und Sie haben es verschwiegen. Ich sage Ihnen deshalb: Auch Schweigen kann eine Lüge sein! Deshalb missbilligt meine

Fraktion dieses Verhalten auf das Allerschärfste. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mich darüber gefreut, wenn sich der Hauptredner der FDP der Mühe unterzogen hätte, heute Morgen im Finanzausschuss seinen Kenntnisstand über den Kassenabschluss für das Jahr 2010 zu vertiefen.

(Beifall von Martin Börschel [SPD])

Aber Sie haben es offensichtlich nach der Methode gehalten: Wenn ich in der Sache nicht Bescheid weiß, kann ich umso unbefangener dem Parlament gegenüber treten, lieber Herr Kollege Papke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Das sagt der Richtige!)

Wir haben von Ihnen Freundlichkeiten in der üblichen Manier – kommunistische Compañeros, die uns angeblich unterstützen –

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

zur Kenntnis genommen. Vom Kollegen Weisbrich – das mag ein bisschen vom Lebensalter abhängig sein – ist eher das Bild der Orgie bemüht worden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU] – Ralf Witzel [FDP]: Reden Sie doch mal zur Sache!)

Ich kann Ihnen nur eins sagen: Wenn Sie in den letzten Tagen ein wenig aufgepasst hätten, wenn Sie die zweimalige Eigentorveranstaltung im Finanzausschuss ein wenig analysiert hätten, hätten Sie bemerkt, dass immer drei Finger auf Sie zurückzeigen,

(Widerspruch von der CDU – Christian Möbius [CDU]: Das ist doch ein Tunnelblick!)

wenn Sie mit einem Finger in unsere Richtung zeigen. Das werde ich jetzt belegen.

(Beifall von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Ihre Fraktion klatscht noch nicht einmal bei diesem Unsinn!)

Es ist kaum hinzunehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wie Sie Ihren früher hochgelobten ehemaligen ehrbaren Kaufmann verbal kriminalisieren. Denn was Sie unserem Finanzminister vorwerfen, gilt in mehrfacher Hinsicht für den Finanzminister der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung. Dafür werde ich jetzt den Beweis antreten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn das heute Morgen im Finanzausschuss zu schnell ging, will ich es jetzt wiederholen. Ich gebe Ihnen die Gelegenheit mitzuschreiben.

(Zuruf von Bernd Krüchel [CDU])

Wir haben als Stichtag für den vorläufigen Haushaltsabschluss im Jahre 2009 den 13. Januar 2010. Der ehemalige Finanzminister Herr Linssen – schreiben Sie das gut auf, und unterstreichen Sie das – hat die Öffentlichkeit am 8. März 2010 über die Ergebnisse informiert.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wie immer wurde – das kann ich als leidgeprüftes Mitglied auch des HFA der letzten Legislaturperiode betonen – mit erheblicher zeitlicher Verzögerung, nämlich erst am 31. März 2010, die entsprechende Vorlage dem Haushalts- und Finanzausschuss zugeleitet.

(Widerspruch von Andreas Krautscheid [CDU])

Wie wollen Sie denn bitte mit Herrn Linssen umgehen, wenn Sie uns jetzt solch unhaltbare Vorwürfe machen?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU]: Er stand auch nicht vor Gericht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann passiert Folgendes:

(Andreas Krautscheid [CDU]: Da ist doch in Münster nichts passiert!)

Sie nehmen immer wieder Bezug auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs. Das macht die Sache noch ein bisschen durchschaubarer.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sie glauben doch selbst nicht, was Sie sagen!)

Sie legen Ihren kruden Theorien zugrunde, was Sie hinter dieser Entscheidung vermuten. Kollege Papke und Kollege Weisbrich, ich würde eine solche Entscheidung erst einmal lesen, bevor ich sie kommentiere.

(Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU] – Gegenruf von Britta Altenkamp [SPD])

Meine Damen und Herren, gerade das, was bezogen auf den Nachtragshaushalt und den künftigen Haushalt von Ihnen gemutmaßt wird, ist eine Respektlosigkeit sondergleichen

(Lachen von der CDU)

gegenüber dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie wissen schon, was der Verfassungsgerichtshof in der Hauptsache entscheiden wird, obwohl Sie

noch nicht einmal den Beschluss in der Sache der einstweiligen Verfügung verstanden haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

Beispiele gefällig? Ich empfehle Ihnen: Lesen Sie Seite 15 des Beschlusses. Dort wird ausdrücklich von „Ausgaben mit zukunftsbegünstigendem Charakter“ im Zusammenhang mit Investitionen gesprochen. Wer darin eine pauschale Ablehnung vorsorgender Politik vermutet,

(Widerspruch von der CDU)

kann nicht lesen. Das ist alles.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Darüber hinaus schreibt der Verfassungsgerichtshof, dass der Antrag nicht offensichtlich unbegründet ist, und zieht an der Stelle, an der es um die Kreditfinanzierung bezogen auf Rücklagen und Sondervermögen geht, einen vorläufigen Strich. So kann man juristisch tatsächlich argumentieren. Ich glaube, dessen waren wir uns auch schon bei der Haushaltseinbringung bewusst.

Vielleicht bleibt uns erspart, dass wir uns an anderer Stelle mit Ihren sachfremden vollmundigen Prognosen in Bezug auf die Westdeutsche Landesbank noch einmal auseinandersetzen müssen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn Sie blenden bei aller juristischen Kritik die tatsächlichen Risiken aus, die unserem Land drohen, die Sie diesem Land nicht genügend abgesichert hinterlassen haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich will an der Stelle noch eine kurze Anmerkung zu den zahlreichen Unterstellungen und zur Wortwahl machen. Meine Damen und Herren, es ist schon überraschend, wenn Sie in dem Zusammenhang, den ich eben exemplarisch für 2010 vorgestellt habe – ich könnte das auch für die Jahre 2006 bis 2009 machen –, bezogen auf den Finanzminister Begriffe wie Untreue, Unterschlagung, Missachtung und ähnliche verwenden, Herr Laumann. Das zeigt Ihre Absicht: Es geht doch nicht darum, hier einen vernünftigen Diskurs über die Tatsache zu führen,

(Bodo Löttgen [CDU]: Den haben Sie doch abgelehnt!)

dass ein vorläufiger Kassenabschluss zu einem erfreulichen Ergebnis geführt hat. Sie wollen hier zwei Komponenten – ein bisschen Gift und ein bisschen Unterstellung – zusammenschütten und daraus Ihr gefährliches Süppchen kochen. Meine Damen und Herren, das hat erkennbar nicht geklappt.

Sie haben im Finanzausschuss gemerkt, dass unser Gedächtnis in den Angelegenheiten nicht so

schlecht ist. All das, was Frau Walsken, die eben dankenswerterweise zitiert worden ist,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Weitere Zurufe)

bezogen auf die Kassen- und Haushaltsabschlüsse der vergangenen Jahre gesagt hat, war entweder so berechtigt, dass Sie dem Landtag gegenüber einen ganz erheblichen Fehler gemacht haben, oder aber bedeutet, dass Ihre Kritik, die Sie heute üben, absolut substanzlos und unhaltbar ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazwischen gibt es nichts.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Stichwort „Inszenierung“: Man geht in den Haushalts- und Finanzausschuss und bricht spontan in Empörung aus. Ein bisschen schwierig bei der spontanen Empörung war es, dass sich derjenige, der diesen vorbereiteten Empörungsanfall ablesen musste, offensichtlich verheddert hat.

(Lachen von der SPD – Beifall von Britta Altenkamp [SPD])

Genauso spontan, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde in dieser Sitzung ein vorbereiteter Antrag auf eine Sondersitzung aus der Tasche gezogen. – Dann machen wir diese Sondersitzung. Der Finanzminister beantwortet alle Fragen.

(Lachen und Widerspruch von der CDU)

Das ist Ihnen wieder nicht recht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie wollen doch keine Aufklärung in der Sache, sondern sich beim ungehinderten Diffamieren und Verunglimpfen nicht stören lassen. Die-se Freude werden wir Ihnen jedoch nicht machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Darüber hinaus gibt es angesichts dieser rüden Oppositionsrhetorik bei Ihnen vielleicht auch einen sachlichen Hintergrund. Sie wissen – darauf wurde schon beim letzten Tagesordnungspunkt eingegangen –: „Privat vor Staat“ ist nicht nur gescheitert, sondern abgewählt worden. Sie wissen, dass das Kaputtsparen von öffentlichen Strukturen ganz offensichtlich weder zu einer nachhaltigen Verbesserung unserer Haushaltssituation geführt hat noch führen wird. Deshalb versuchen Sie prophylaktisch, die Politikansätze dieser Landesregierung zu diffamieren.

(Zuruf von der CDU: Welche Politikansätze?)

Denn Sie sind sich der Gefahr bewusst – wir können es Ihnen beweisen –, dass wir dabei auf einem besseren Weg sind, als es Schwarz-Gelb jemals war. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Ralf Witzel [FDP]: Höchstens auf dem direkten Weg zum Schuldenstaat!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Fraktion Die Grünen spricht Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur dadurch, dass Sie wiederholen, was Sie vortragen, wird es nicht richtiger, liebe Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU. Der Sachverhalt, den Herr Papke schildern wollte, ist schlicht unzutreffend. Der Finanzminister bzw. seine Mitarbeiter haben eben 45 Minuten lang vorgetragen, um sehr deutlich darzulegen, was in den letzten Jahren gewesen ist.

(Zuruf von der CDU: 13. Januar!)

Ich will nur eine einzige Zahl herausgreifen, um das deutlich zu machen. Im Jahr 2008 wurden 2 Milliarden € aus dem Landeshaushalt nicht ausgegeben, und Kredite in Höhe von 2 Milliarden € wurden nicht benötigt. Woher kam das? Das ist relativ leicht zu erklären – ich will gar keine Verschwurbelei machen –: Das Konjunkturpaket wurde nicht entsprechend abgewickelt. Das Haushaltsvolumen sank um 2 Milliarden €.

Sie versuchen, aus einigermaßen normalen Vorgängen einen Skandal zu produzieren, der keiner ist.

(Widerspruch von der CDU)

Sie haben die Strategie gewechselt. Zunächst hieß es, der Finanzminister wisse nicht über die Haushaltsprozesse Bescheid. Man fände Riesenbeträge.

(Andreas Krautscheid [CDU]: Das war die Wahrheit!)

Von dieser Strategie sind sie völlig abgerückt, denn Sie wissen, dass diese Abweichungen auch in den letzten Jahren in vergleichbarer Größenordnung sowohl bei Einnahmen als auch bei den Ausgaben aufgetreten sind.

Dazu will ich nur einen Hinweis geben: Für das Jahr 2008 hat die damalige Koalition im Januar 2009 einen Dritten Nachtragshaushalt – man achte auf die Zahl – verabschiedet. Obwohl das Jahr schon abgeschlossen war, hat Finanzminister Linssen Minderausgaben in Höhe von über 600 Millionen € in diesen Nachtragshaushalt nicht eingestellt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da frage ich mich, wer hier wen worüber nicht ordnungsgemäß unterrichtet hat.

(Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU])

Die einzelnen Abläufe haben Sie vollständig ignoriert. Der Finanzminister hat sie dezidiert im Haushalts- und Finanzausschuss vorgetragen. Herr Papke hat sich zwar nicht vor der Sitzung gedrückt – er ist kein Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses –, aber er wollte das gar nicht wissen, damit er hier unbefangen vortragen kann. Das kann ich nur einem

einzigem Umstand zuschreiben: Herr Papke, Ihnen ist mittlerweile jedes Mittel recht, um Ihre grausamen Umfragewerte irgendwie zu erhöhen. Ihnen ist völlig egal, was in der realen Politik stattfindet.

(Zurufe von der CDU)

Es kam sogar zu einer Entgleisung eines Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuss, der Minister Walter-Borjans mit dem Staatspräsidenten von Ägypten verglich. – Das sage ich, um deutlich zu machen, auf welchem Niveau sich Ihre Politik im Moment abspielt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, wir hatten es eben in der Aktuelle Stunde: Der faktenfreie Unsinn, den Sie zu Themen der Haushaltspolitik vortragen, ist schon ungeheuerlich. Sie hatten offensichtlich als Minister genau wie Ihr Sitznachbar, der ehemalige Minister Laschet, mit zu verantworten, dass dieses Parlament Anfang 2009 nicht ordnungsgemäß über die Mittelabflüsse aus Ihren Häusern unterrichtet wurde.

(Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU])

Anders kann ich es mir nicht erklären, dass das im damaligen Nachtragshaushalt für 2008 nicht ordnungsgemäß nachvollzogen wurde.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Theo Kruse [CDU]: Quatsch! – Weiterer Widerspruch von der CDU)

In diesem Zusammenhang sage ich Folgendes: Wir reden über den Nachtragshaushalt 2010. Wir sprechen weder von 2011 noch von rot-grünen Projekten. In diesem Nachtragshaushalt sind überhaupt keine neuen Projekte enthalten. Das werfen Sie immer gern zusammen und sprechen von Verschuldungsorgie, weil es Ihnen gerade in den Kram passt.

(Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU])

Sie sind nicht in der Lage, sauber Haushaltspolitik zu machen. Sie ignorieren die Landeshaushaltsordnung.

(Lachen von der CDU – Zuruf von der CDU: Fragt mal die in Münster! – Gegenruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: In Münster kennen Sie sich aus! Sehr vorsichtig!)

Sie sind nicht bereit, die Fakten anzuerkennen. Sie machen hier Haushaltstheater und Klamauk. Sie bäumen sich auf und wollen in keiner Weise an den Missständen arbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Gestatten Sie auch noch folgende Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP: Wo waren denn ihre Haushaltsanträge im Nachtragshaushaltsverfahren, um das in irgendeiner Art und Weise abzuändern?

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] – Zurufe von der CDU)

Wo ist denn Ihr Vorschlag, 4 Milliarden € im Nachtragshaushalt einzusparen, um die Schuldenbremse einzuhalten? Denn Sie sind der Auffassung, dass die Störungslage nicht mehr vorliege. Wo waren Ihre Haushaltsanträge, diese 4 Milliarden € einzusparen? Ich habe keine gesehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zurufe von der CDU)

Lassen Sie uns jetzt nach vorne schauen. Aus meiner Sicht hat dieser Finanzminister zwei wichtige Baustellen zu bearbeiten: erstens die WestLB. Wenn Fraktionen meinen, sich hier aufkröpfen zu können, sage ich: Das tue ich für unsere Fraktion nicht.

(Zurufe von der CDU)

Das hat niemand der Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion getan. Die WestLB ist ein Thema für das ganze Haus und beschäftigt es schon seit Jahrzehnten. Wenn Sie jetzt meinen – das habe ich eben aus Zwischenrufen gehört –, das wäre nur noch Sache von SPD und Grünen, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich diesem Land nur wünschen, dass Sie niemals mehr an die Regierung kommen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wer so verantwortungslos mit der Geschichte umgeht, dem kann man dieses Land nicht anvertrauen.

Zweiter Punkt: Was das Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof anbetrifft, können wir den Beschluss von vor zwei Wochen interpretieren, wie wir wollen. Ich kann aber nur jedem Kollegen, jeder Kollegin in diesem Hause empfehlen: Wer meint, daraus Kapital schlagen zu können, dem rate ich, am 15.02. die mündliche Anhörung zu verfolgen, was das Gericht fragt und wissen möchte. Was Sie hier hineininterpretieren über Vorgänge, die in der Anordnung überhaupt nicht Gegenstand waren, ist Ihr Problem. Wir halten uns da sehr zurück.

Wir haben klar vor Augen, dass dieses Verfassungsgericht eine freie Entscheidung treffen muss. Wenn Herr Papke meint, das Verfassungsgericht hätte schon entschieden, das Verfassungsgericht werde den Haushalt einkassieren und werde für den Haushalt 2011 Auflagen machen, dann ist das seine Interpretation. Das muss er verantworten können. Unsere Linie ist das nicht.

Vielleicht auch noch einmal Folgendes, weil es sonst in Vergessenheit geraten könnte: 1,3 Milliarden € Zuführung WestLB-Rücklage. Wir werden sehr genau sehen, wie sich das entwickelt. Aber den Hinweis möchte ich mir an der Stelle schon erlauben: Im Jahre 2008 haben Finanzminister Linsen, Ministerpräsident Rüttgers und die gesamte

Landesregierung eine Garantieerklärung zugunsten des Phoenix-Portfolios abgegeben. Diese Garantieerklärung liegt vor. Sie gilt nicht für zukünftige Geschichten, sondern diese Garantieerklärung liegt vor. Sie beträgt 3,75 Milliarden € für dieses Land.

Wann wollen Sie die denn finanzieren? Nach Ihrer mittelfristigen Finanzplanung haben Sie 6,6 Milliarden € für die nächsten Jahre bis 2013 vorgesehen. Wollten Sie 2014 finanzieren? Wollten Sie die 2016 finanzieren? Wollen Sie das Signal an den Kapitalmarkt geben: „Das Land Nordrhein-Westfalen ist weder bereit noch in der Lage, diese Risikoabsicherung zu einem erkennbaren Zeitpunkt vorzunehmen“? Ist das Ihr Signal, mit dem Sie in der Welt rumlaufen?

Das ist eine Frage, die Sie sich einmal stellen sollten. Herr Weisbrich, Sie haben gar keine Antwort auf diese Frage. Sie drücken sich darum. Sie machen keinerlei Vorschläge, wie das finanziert werden soll. Sie drücken sich vor der konkreten Politik. Sie wollen hier Klamauk machen, um den Finanzminister zu beschädigen. Dieser Klamauk wird spätestens in zwei Wochen auf Sie zurückfallen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt spricht der Kollege Sagel für die Fraktion Die Linke.

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir kommen als Haushalts- und Finanzpolitiker sozusagen fast direkt aus dem Ausschuss. Ich habe mich, ehrlich gesagt, heute Morgen doch etwas gewundert. Wer hier 47 Fragen stellt, wie das die CDU gemacht hat, der darf sich nicht wundern, wenn er im Haushalts- und Finanzausschuss von der Regierung vorgeführt wird.

(Widerspruch von der CDU)

Was wir als große Haushaltsoffensive der CDU erlebt haben, ist heute Morgen als Rohrkrepierer beendet. Das ist das, was dabei herausgekommen ist. Ich kann Ihnen nur sagen: Möglicherweise werden wir heute Abend noch eine Nachsitzung erleben. Das kann es doch wohl nicht sein.

Wer strategisch derartig blind vorgeht, wie Sie das heute gemacht haben, der muss sich einmal an die eigene Nase fassen und fragen: Was will ich eigentlich hier im Landtag?

(Zurufe von der CDU)

Ich sage das noch einmal sehr deutlich. Ich meine, über die Rechtsextremen von der FDP will ich mich gar nicht auslassen. Das lohnt nicht des Kommentars.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Unverschämtheit! – Unruhe)

Ich sage nur sehr deutlich: Wir stehen für Haushaltsklarheit und für Haushaltswahrheit. Wir wollen eine transparente Investitionspolitik in Nordrhein-Westfalen für soziale Gerechtigkeit. Dafür steht Die Linke,

(Beifall von der LINKEN)

und zwar ohne Wenn und Aber. Wir haben uns schon sehr gewundert, nachdem der Verfassungsgerichtshof gerade mal festgestellt hatte, man solle hier keine weiteren neuen Schulden aufnehmen, dass der Finanzminister auf einmal aus der Ecke kommt und sagt, er hätte jetzt, plötzlich und unerwartet, 1,3 Milliarden € gefunden, für die es zunächst keine Belege gibt. Das muss man an dieser Stelle auch so deutlich als Kritik sagen.

Der Finanzminister hat in der Tat keine gute Figur bei dieser wundersamen Geldvermehrung gemacht. Ich kann nur sagen: Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit ist für SPD und Grüne ein Thema, mit dem sie sich noch ein bisschen intensiver beschäftigen müssen. Wir haben kürzlich noch eine Kleine Anfrage gestellt und nachgefragt: Woher kommen eigentlich die ganzen Schulden? Wo sind sie aufgenommen worden, wo sind sie gemacht worden? – Auch da konnte uns die Landesregierung keine erquickliche Auskunft darüber geben, woher denn dieses Geld tatsächlich kommt. Auch da war eine gewisse Orientierungslosigkeit.

(Beifall von der LINKEN)

Wir erwarten, dass wir rechtzeitig, zeitnah informiert werden, woher öffentliche Gelder bzw. Schulden kommen, woher die Finanzen kommen. Wir werden nicht akzeptieren, dass das so gemacht wird, wie es im Augenblick der Fall ist.

(Beifall von der LINKEN)

Ich sage auch an dieser Stelle sehr deutlich: Wir haben, seitdem die Linke hier im Landtag ist, SPD und Grüne in den letzten Monaten damit konfrontiert, dass die Abschaffung der Studiengebühren, dass die Verbesserung der Situation in den Kindergärten aus dem laufenden Haushalt hätten finanziert werden können. Das haben Sie blockiert. Das haben Sie verweigert.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist deutlich geworden: Das hätte man längst machen können. Die Abschaffung der Studiengebühren hätte man zehnmal finanzieren können.

(Beifall von der LINKEN)

Das haben Sie nicht gemacht. Das blockieren Sie auch weiterhin. Sie blockieren auch weiterhin die Abschaffung der Studiengebühren im Sommersemester. Das will ich Ihnen an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen.

Wir wollen Aufklärung bei Finanzaktionen. Wir wollen, dass die Landesregierung konkrete Zahlen und

Fakten auf den Tisch legt und zeitnahe Informationen gibt. Deswegen haben wir heute auch unseren Entschließungsantrag noch einmal vorgelegt.

Wenn man sich die Vergangenheit anguckt – CDU und FDP stellen sich hier so dar, als seien sie die Superhaushaltspolitiker –, kann ich Ihnen nur sagen: Sie haben hier in fünf Jahren – das werde ich Ihnen immer wieder sagen – 23 Milliarden € neue Schulden gemacht. Sie haben ein Rekorddefizit, einen „Kahlen Asten“ von 130 Milliarden € Schulden aufgehäuft. Ihr Minister, Herr Linssen, hat zum Beispiel 2006 eine ähnlich wundersame Geldvermehrung gehabt, nämlich von 773 Millionen € – ganz abgesehen davon, wann er den Landtag informiert hat. Ich war damals auch schon im Landtag. Das hat er teilweise erst im März gemacht. Das muss man auch sagen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich will hier auch nicht in Richtung CDU und FDP ablenken. Wie gesagt: Was Sie in den letzten Jahren gemacht haben, war desaströs, was die Finanzpolitik angeht.

Es geht darum: SPD und Grüne sind in der Verantwortung. Wir wollen und fordern ein, dass wir eine transparente Finanzpolitik bekommen. Wir brauchen hier als Parlament – das sage ich deutlich – auch ein Grundvertrauen in das, was die Landesregierung macht. Sonst können wir als Parlament nicht vernünftig arbeiten. Wenn diese Zahlen nicht exakt sind, wenn sie nicht zeitnah vorgelegt werden, wenn sie nicht konkret sind, dann sind wir hier als Parlament nicht in der Lage, eine seriöse und vernünftige Haushalts- und Finanzpolitik zu machen. Deshalb darf das, was jetzt passiert ist, für 2011 auch nicht folgenlos bleiben.

Wir können und müssen hier erwarten, dass eine andere Politik von dieser rot-grünen Landesregierung gemacht wird, und ich erwarte – deshalb haben wir es auch noch einmal sehr deutlich formuliert –, dass hier regelmäßig und aktuell über die Haushaltssituation informiert wird.

Ich kann an dieser Stelle nur noch einmal beklagen – und das betrifft auch die WestLB –: Es ist besser geworden. Denn Sie von CDU und FDP haben mit Ihrer Salamtaktik immer nur über das informiert, was sowieso schon in den Medien zu lesen war. Das war ja die Taktik von Herrn Linssen: Er hat uns immer nur das erzählt, was wir sowieso schon längst wussten.

(Christian Weisbrich [CDU]: Er hat gar nichts erzählt!)

Es ist zwar etwas besser geworden, aber Transparenz sieht immer noch anders aus. Diesbezüglich werden wir als Linke weiterhin den Finger in die Wunde legen. Wir werden weiterhin Druck machen, damit wir hier in Nordrhein-Westfalen tatsächlich zeitnah öffentlich informiert werden und soziale Ge-

rechtigkeit in diesem Land realisieren. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die Landesregierung spricht der Finanzminister.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es mag ja hin und wieder Spaß machen, sich ein paar Fetzen um die Ohren fliegen zu lassen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Seit sieben Tagen bekomme ich allerdings zu der Frage, ob an einem x-beliebigen Tag – ich will auch gleich sagen, warum x-beliebig – Zahlen bekannt waren oder nicht, mit, dass Sie daraus eine Skandalgeschichte machen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP – Andreas Krautscheid [CDU]: Haben Sie es immer noch nicht verstanden?)

Das ist beschämend. Denn Sie als Opposition missbrauchen den Landtag, um hier von ihren eigenen Fehlern in der Vergangenheit abzulenken.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist ein Aufguss, der mittlerweile so dünn ist, dass man gar nicht mehr sehen kann, ob vorher etwas anderes als Wasser in der Tasse war.

(Zuruf von der CDU)

Der Haushalt 2010 mit dem Abschluss, den wir Ihnen vorgelegt haben, ist Ihr Haushalt, und zwar in des Wortes ganzer negativer Bedeutung. Es ist die Korrektur dessen, was Sie verschoben, was Sie vergessen und was Sie versteckt haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

In diesem Haushalt mit dem vorläufigen Abschluss, den wir jetzt vorgelegt haben, sind Ihre auf die Kommunen verschobenen Lasten – und die haben die Kommunen an die Wand gedrängt – und Ihre kleingeredeten Lasten aus der Auslagerung der WestLB drin. Darüber hinaus sind in diesen Lasten auch Ihre verlorenen Prozesse vor dem Verfassungsgericht drin.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Und nachdem Sie so oft dabei ertappt worden sind, was Sie unter den Teppich kehren wollten,

(Christian Weisbrich [CDU]: Das wollen Sie jetzt auch machen!)

verfahren Sie jetzt nach der Methode des Spitzbuben, der der alten Dame die Handtasche klaut und

laut „Haltet den Dieb!“ ruft, damit man nicht merkt, dass er es gewesen ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen sagen: Egal, wo ich die Gelegenheit dazu habe: Diesen Hinweis werde ich immer wieder bringen.

Und ich bleibe dabei: Was wir gemacht haben und was wir auch weiterhin machen, ist, dass wir sauber auseinanderhalten, was einerseits Sie verbaselt haben und was andererseits eine gute Wirtschaftsentwicklung ein Stück weit abfedert.

(Zurufe von der CDU)

Sie hätten gerne gesehen, dass die Zahlen zusammengefasst würden, und dann wäre das nicht aufgefallen; so sind Sie ja auch früher verfahren. Herr Weisbrich hat es ja gerade gesagt: Es ist jetzt aus einem riesigen Haushaltsloch ein riesiger Überschuss geworden – mit 7,1 Milliarden € Nettokreditaufnahme! Wo leben Sie eigentlich?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es sind Ihre Fehler und Versäumnisse, die dazu geführt haben, dass wir 8,4 Milliarden € Nettokreditaufnahme befürchten mussten.

(Zurufe und Lachen von der CDU)

Aus diesem Grund hat der Haushaltsgesetzgeber in dem beschlossenen Haushalt eine Ermächtigung aufgenommen.

(Armin Laschet [CDU]: Hilflos! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Unterirdisch!)

Es ist nachvollziehbar, wie die errechnet worden ist, und da nehme ich für mich dasselbe in Anspruch, was früher Helmut Linssen immer für sich in Anspruch genommen hat. Er hat sich hier immer als vorsichtigen Kaufmann dargestellt.

(Lachen von der CDU und von der FDP)

Ich habe natürlich nicht jede Geschichte, die Sie aufgetischt haben, geglaubt. Ich erinnere beispielsweise daran, was mir Herr Weisbrich im Ausschuss und hier im Parlament vorgerechnet hat. Er hat mir aufzeigen wollen, wo wir mal eben so 200 Millionen € mehr Steuern herkriegten, wo wir mal eben so 100 Millionen € von der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft herkriegten; die waren übrigens schon woanders verbucht. Wenn ich also Herrn Weisbrich geglaubt hätte, dann hätte ich ziemlich alt ausgesehen. Dann hätten wir kein Plus, sondern ein Minus.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, es ist besser gelaufen mit dem Haushalt, in dem bei Verabschiedung 8,4 Milliarden € Kreditermächtigung veranschlagt waren. Das liegt aber nicht daran, dass der Schaden, den Sie verursacht haben, kleiner ausgefallen ist, sondern daran, dass wir mehr Steuern eingenommen haben und laufende Ausgaben geringer ausgefallen sind. Deshalb müs-

sen wir nur in einem Umfang von 7,1 Milliarden € von dem Kreditrahmen Gebrauch machen.

Herr Laumann, was hat Sie angesichts der Tatsache, dass man 1,3 Milliarden € weniger aufnehmen muss als im Haushalt veranschlagt und befürchtet, eigentlich geritten, von Untreue zu reden?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Weil Sie nie die Wahrheit sagen! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Deswegen können Sie sich trotzdem nicht irgendetwas aus dem Strafgesetzbuch greifen und es damit beschreiben. Sie können ja ruhig eine andere Position haben.

(Anhaltend Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Witzel?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Nein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie möchten also keine Zwischenfrage zulassen. – Bitte schön.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Wir haben – und das ist das, was ich am 25. vor der Presse und am 27. im Haushalts- und Finanzausschuss vorgetragen habe – zum Glück 1,3 Milliarden € weniger in Anspruch nehmen müssen, und Sie, Herr Laumann setzen darauf, dass die Menschen das nicht überblicken. Sie setzen darauf, dass die Menschen glauben, dass da jemand 1,3 Milliarden € abgehoben und das Geld irgendwo anders hingelegt hat. Das ist dann die schwarze Kasse, mit der anderes bezahlt wird. Ihr Missbilligungsantrag klingt so, als hätte ich eine dramatisch schlechte Haushaltsentwicklung verschwiegen und nicht die Alarmglocken geläutet. Es geht aber nicht um eine schlechte, sondern um eine gute Entwicklung.

(Zuruf von der CDU)

Es geht auch nicht ums Verschweigen, sondern um eine frühzeitige Information – zwei Monate früher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres durch Herrn Linssen,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

im Übrigen zum selben Stichtag, zu dem die Daten erhoben werden mussten. Die sind auch da nicht später erhoben worden. Und jetzt kommen Sie mit einem einzigen Termin, den Sie hochstilisieren. Auch damit wollen Sie wieder in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als hätte dieser Termin eine ganz besondere Bedeutung gehabt.

Dieser Termin ist der 19. Januar. Ich lese Ihnen einmal vor, wie der Tagesordnungspunkt hieß, den wir am Tag nach dem Beschluss des Verfassungsgerichts angemeldet haben: „Konsequenzen der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen vom 18. Januar 2011 in dem verfassungsgerichtlichen Verfahren betreffend das Nachtragshaushaltsgesetz 2010“. Die Botschaft, die ich da überbracht habe, war, dass Sie im Wesentlichen zurückgewiesen worden sind und es keine Rückabwicklung gab, wie von Ihnen beantragt wurde, jedenfalls nicht innerhalb der Frist bis zur Hauptentscheidung. Auch wurde nicht der Haushaltsvollzug gestoppt, sondern uns wurde lediglich auferlegt, die Bücher nicht zu schließen und mit der Wandlung der Dispo- bzw. Kassenkredite in Haushaltskredite zu warten, bis die Entscheidung getroffen sei.

Es bestand überhaupt keine Veranlassung, diesen Tagesordnungspunkt als etwas anderes zu verstehen. Und danach – das haben andere vor mir so gehandhabt, und das werde auch ich so handhaben – wurde eine Unterrichtung der Öffentlichkeit und anschließend auch des Haushalts- und Finanzausschusses vorgenommen.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Der Vorgänger Helmut Linssen hat Anfang März die Presse und Ende März den Haushalts- und Finanzausschuss unterrichtet. Ich habe das im Januar gemacht.

Man sollte auch nicht so tun, als wäre vor dem 19. Januar nie etwas gesagt worden. Ich habe hier das Protokoll der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 4. November 2010. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Christian Weisbrich bedankt sich für die Vorlage, die deutlich mache, dass sich der Landeshaushalt sowohl in den Einnahmen wie auch in den Ausgaben besser entwickle als erwartet. Das deutet auch darauf hin, dass der ursprüngliche Haushalt des Finanzministers von einer vorausschauenden und realistischen Planung geprägt gewesen sei.

Im Nachtragshaushalt 2010 sei eine Erhöhung der Steuereinnahmen um 400 Millionen € vorgesehen. Aus der Vorlage 15/118 gehe weiter hervor, dass die Ausgaben für Kreditmarktzinsen im Zeitraum bis September um 183 Millionen € unter dem Vorjahresbetrag lägen. Bei weiter sparsamer Haushaltsführung könne also mit einem positiven Vollzug gerechnet werden.

Er hätte erstens gerne gewusst, wie sich die Zuschüsse für den Steinkohlenbergbau entwickelten ...“

Darauf folgen weitere Punkte. Es wird darauf geantwortet, dass bei den Zuschüssen für den Absatz

deutscher Steinkohle Minderausgaben entstanden seien. Es ist also immer berichtet worden.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich kann Ihnen sagen: Ich habe am 9. Januar ...

(Zuruf von der FDP)

– Es gefällt Ihnen vielleicht nicht so gut, Herr Papke.

Ich habe am 9. Januar Gelegenheit gehabt, beim Neujahrsempfang der Kölner FDP Gastredner zu sein.

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh! –
Gegenruf von Minister Ralf Jäger: Da waren
Sie noch nicht! – Zurufe von der SPD)

Ich habe – das können Sie sich von Ihren Parteifreunden bestätigen lassen – an diesem Tag gesagt, dass ich gute Aussichten dafür sehe, dass wir die Nettokreditaufnahme durch den Haushaltsvollzug unter die 8 Milliarden €, möglicherweise mit einer 7 vorne, und zwar im unteren Bereich, bekommen könnten.

Ausweislich eines Textes vom 20. September des „Handelsblattes“, den ich ja nicht erst am 19. oder 20. September geäußert habe, heißt es:

„Walter-Borjans warnte davor, aus den Zahlen bis November die Gesamtverschuldung des Jahres abzuleiten. Er gestand aber zu: „Die Aussichten sind gut, dass wir den Kreditrahmen des Nachtragshaushalts nicht komplett ausschöpfen müssen.“

(Ralf Witzel [FDP]: Warum denn dann die neuen Schulden?)

Die Passage, die wir an das Verfassungsgericht geschickt haben, kennen Sie. Dass ich über den VGH-Beschluss nicht glücklich war, habe ich weder im Plenum noch sonst wo verschwiegen. Und ich sage ganz offen: Wenn ich mir angucke, wie Unternehmen normalerweise ihre Bilanzpressekonferenz abhalten, wie Herr Linssen und die anderen Vorgänger das getan haben, dann kann ich sagen. Sie wäre sicherlich nicht in diesen Zusammenhang gerückt worden, wenn es dazu überhaupt keinen Anlass gab.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Vielmehr habe ich gesagt, ich mache am 25. eine Pressekonferenz und am 27. die Unterrichtung des Ausschusses – Monate vor dem Vergleichsfall des Vorjahres.

Ich würde gerne noch einmal wiederholen – es ist heute schon einmal im Ausschuss und wohl auch hier angesprochen worden –, welche Erfahrungen ich mit Haushaltsinformationen – im Nachhinein aber auch mit dem, was ich hier und im Ausschuss erlebt habe – gemacht habe. Ich hatte es schon beschrieben: Herr Weisbrich hatte einmal nicht gemerkt, dass der frühere Finanzminister in dem

Haushaltentwurf für 2010 gar nicht die Steuerschätzung vom Mai hatte und dass deswegen nicht 1,1 Milliarden € zur nächsten Steuerschätzung, sondern nur 900 Millionen € dazugekommen sind. Hätte ich mich darauf verlassen, wären 200 Millionen € futsch.

(Zuruf von der CDU)

Das hatten wir bei der Beteiligungsgesellschaft, und – wir haben es eben schon gehört – es war im Nachtrag des Jahres 2008 der Fall. Da hat es die Regierung geschafft, den Nachtrag sogar erst im Januar 2009 zu verabschieden. Trotzdem hat der damalige Finanzminister Linssen eine Woche vorher den bis dahin geltenden Haushaltsabschluss vorgebracht, der 660 Millionen € Minderausgaben hatte, die nicht in den Haushalt eingegangen sind, der anschließend hier im Parlament beschlossen worden ist.

Ich sage dazu nochmal: Ich will Helmut Linssen an dieser Stelle überhaupt nicht verteufeln.

(Zuruf von Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP])

Er hat das gemacht, was ein Unternehmenschef, der seine Bilanzdaten darstellt, auch machen würde. Er würde sich nämlich einen guten Zeitpunkt dafür wählen, zu dem er die guten Ergebnisse mitteilt, anstatt sie ohne Not an einer anderen Stelle unterzubringen.

Aber das „Untreue“ oder „eine plötzlich gefundene Milliarde“ zu nennen und Missbilligungsanträge zu stellen, das hat schon was, allerdings nichts, dem man hier zustimmen sollte. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner spricht für die CDU-Fraktion Herr Laschet.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Rede des Finanzministers haben wir gerade von seinen auf Kölner Empfängen und Ähnlichem gesammelten Erfahrungen gehört. Ich will jetzt in diesem Wortbeitrag nicht erforschen, ob sie Halbwahrheit, Viertelwahrheit oder verdeckte Wahrheit waren, wann und wo Sie was gesagt haben. Das haben wir im Haushalts- und Finanzausschuss heute Morgen gemacht und werden es heute Abend fortsetzen.

Ich möchte aber eines feststellen, lieber Herr Finanzminister: Das ist Ihre erste Rede, nachdem Sie zu den 1,3 Milliarden € in der Öffentlichkeit gesprochen haben. Sie haben erneut mit dieser Legende der Abschlussbilanz der alten Regierung begonnen.

(Serdar Yüksel [SPD]: Das ist keine Legende, Herr Laschet!)

Heute Morgen haben Sie hier noch einmal das Bild vom Spitzbuben und der alten Dame gemalt. Ich hätte erwartet, dass Sie erklären: Die Zahlen sind jetzt anders, als wir es im Dezember erwartet hatten. Das Wort von der Abschlussbilanzfälschung ist falsch. Das Wort vom Täuschen ist falsch.

Sie haben sich für alle diese Ungeheuerlichkeiten nicht entschuldigt.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie haben von giftigen Hinterlassenschaften der Regierung Jürgen Rüttgers geredet.

Ein ehrbarer und vorsichtiger Kaufmann, wie Helmut Linssen es war,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Oh Gott!)

hat bei der Aufstellung des Haushalts

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Keine Nachrufe!)

immer die Einnahmen vorsichtig eher geringer geschätzt und die Ausgaben so geschätzt, dass man am Ende des Jahres gut dasteht.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Alles auf die 17!)

Er hat eine Abschlussbilanz von 6,6 Milliarden € gehabt. Bei alledem, was Sie im Dezember veranstaltet haben, standen 6,6 Milliarden € im Haushalt des Jahres 2010. Wenn Sie schon nicht wissen, wie es aktuell aussieht, sollten Sie mindestens einmal schauen, was im Dezember im Haushalt 2010 stand.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Da stand: 6,6 Milliarden € Nettoneuverschuldung.

Dann haben Sie ganz viele Positionen hineingerechnet – Sie haben sie heute Morgen alle noch einmal wiederholt –: Kita und U3-Betreuung; die Anweisung, möglichst schnell das Geld auszuzahlen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

– Entspannen Sie sich doch; hören Sie einfach einmal die Fakten. – Alles das haben Sie dazugerechnet.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Nein, das hatten Sie vergessen!)

– Ich gestehe ja zu, dass das KiföG-Urteil neue Kosten auslöst. Aber mit alledem, was da passiert ist, landen Sie trotzdem am Ende bei 7,1 Milliarden €. Wenn Sie die Rücklagen für die WestLB, über die das Verfassungsgericht noch zu entscheiden hat, auch noch herausnehmen, liegen Sie bei ca. 4,95 Milliarden €.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Das ist exakt die Zahl, die der Kollege Weisbrich ohne einen riesigen Regierungsapparat hier im Dezember vorgetragen hat. Ich frage mich: Wieso kann ein Finanzminister, der Hunderte Beamte hat, die ihm zuarbeiten, eigentlich weniger wissen als Christian Weisbrich mit zwei, drei Mitarbeitern in der Fraktion? Das ist Ihre Unfähigkeit.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Laschet, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Armin Laschet (CDU): Nein, jetzt nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage.

Armin Laschet (CDU): Nun kommen wir zu einer zweiten Frage, Herr Finanzminister. Das ist eher eine Frage von politischer Klugheit. Wir können hier parteipolitischen Streit führen. Die Frage ist aber doch: War es eigentlich politisch klug, sich nicht vor dem 5. Januar 2011, an dem Sie sich beim Verfassungsgericht äußern mussten, einfach einmal im Haus zu erkundigen:

(Britta Altenkamp [SPD]: Bei wem denn? Bei Ihren Leuten?)

„Wie ist eigentlich die Lage? Wie ist eigentlich die Entwicklung? Sind die 1,3 Milliarden € wirklich richtig?“ Das haben Sie nicht gemacht. Sie sind stur bei Ihrer Position geblieben

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist doch falsch! Das ist doch alles widerlegt worden! Das ist schlicht falsch! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit falschen Behauptungen kennt er sich ja aus!)

und haben dem Gericht am 5. Januar nicht angedeutet, dass es möglicherweise eine geringere Nettoneuverschuldung geben könnte.

Dann haben Sie gesagt, am 13. Januar seien Sie telefonisch informiert worden. Die Frage ist doch Folgende: Am 12. Januar kommt das erste Fax des Verfassungsgerichts. Warum haben Sie denn nicht, als Sie am 13. Januar informiert wurden, dann direkt dem Verfassungsgericht gesagt: „Wir haben noch nicht den Abschluss; wir haben die Bücher noch nicht geschlossen; es wird aber weniger sein, als wir bisher gedacht haben“? Sie haben gar nicht reagiert. Sie haben pampig reagiert.

Am 13. Januar hat das Gericht Ihnen erneut ein Fax geschickt und um Klärung gebeten. Am 14. Januar haben Sie dann einen belehrenden Brief an das Verfassungsgericht geschrieben, in dem es darum ging, wie Haushaltsvollzug funktioniert; weil die in

Münster dazu zu „blöd“ seien, müsse der Finanzminister ihnen das einmal erklären.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wenn Sie es erklärt hätten, wäre es bestimmt viel besser gewesen!)

Ich prophezeie Ihnen: Hätten Sie am 13. Januar Klartext geredet und das Gericht ehrlich informiert, wären Ihnen die einstweilige Verfügung und die ganze Peinlichkeit der letzten Tage erspart geblieben. Das ist Ihr politisches Versagen.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie wissen doch genau, dass in den Reihen von SPD und Grünen hinter der Hand gesagt wird: Hätten wir diese Geschichte nicht ein bisschen klüger handeln können? Alles das, was wir an Vorschusslorbeeren hatten, ist in einem halben Jahr zugrunde gegangen.

Das ganze Land sieht heute: Sie können es nicht. Sie können dieses Land nicht regieren.

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Es gibt einen weiteren Punkt, der mich wirklich erschüttert hat.

(Karl Schultheis [SPD]: Oh Gott! – Ministerin Sylvia Löhrmann: Sie müssen selbst lachen!)

Die Ministerpräsidentin hat gesagt, sie habe es nicht aus Respekt vor dem Gericht, aus Respekt vor dem Parlament, aus Respekt vor den Journalisten, denen man Rede und Antwort steht, oder auch aus Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern getan. Vielmehr erklärt sie im „Westfälischen Anzeiger“ – ich zitiere –:

„Wir wollten die Zahlen öffentlich machen, weil wir wussten, dass der Bund auf unsere Daten zugreifen kann.“

Das ist allein die Angst davor, dass das, was Sie hier vertuschen, durch Berlin aufgedeckt werden könnte. Es ist nicht der Respekt vor dem Parlament und nicht der Respekt vor dem Gericht, sondern reine Angst davor, erwischt zu werden! Das ist billig!

(Lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Jetzt wissen wir, wie Erschütterung aussieht!)

Nebenbei riskieren Sie ein Drittes. Wir haben in diesem Land große Finanzminister gehabt: Peer Steinbrück ...

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

– Ich weiß, dass Sie darüber lachen; auch über die Thesen, die er heute vertritt. Das ist Nachhaltigkeitspolitik, wie sie früher einmal die Grünen gemacht haben, Frau Löhrmann.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Damals haben Sie aber etwas anderes erzählt! Sie haben wirklich ein langes Gedächtnis!)

Insofern sollten Sie über Peer Steinbrück nicht lachen. – Wir hatten auch Minister Dieckmann, Minister Posser und viele andere große Finanzminister, die eine exzellente Finanzverwaltung aufgebaut haben. Wir haben eine der besten Finanzverwaltungen in ganz Deutschland.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie ist auch häufig besser als die des Bundes, wenn man etwas gegenrechnen muss. Dass Sie alle diese Leute, unter denen viele ehrbare Sozialdemokraten sind, deutschlandweit dem Spott aussetzen, indem Sie so tun, als wären sie zu blöd, 1,3 Milliarden € zu finden ... Dabei ist dies Ihr Versagen!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, wir als Land gehen insgesamt in schwierige Wochen. Sie haben – auch durch den Finanzminister – die WestLB erwähnt. Es wird eine große Kraftanstrengung des Landtags – auch über Parteigrenzen hinweg – und des Bundes erforderlich sein. Viele Milliarden hängen in der Luft, die je nachdem von den Parteien gemeinsam zu stemmen sind.

Kommissar Almunia ist gerade in diesen Tagen im Gespräch mit Finanzminister Wolfgang Schäuble. In einer solchen Phase ist es wichtig, dass das Land einen Finanzminister hat, dem man traut, dem man zutraut, das Land durch die Krise zu führen, dem man zutraut, diese WestLB in der Form, wie es erforderlich sein wird, in eine bessere Zukunft zu überführen, der gegenüber dem Bund und Europa ein Standing hat, mit dem man finanzpolitisch reüssieren kann.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat geschrieben: Das schönste Geschenk für die beiden Parteien der Opposition wäre, die Ministerpräsidentin beließe ihren Finanzminister im Amt.

Frau Ministerpräsidentin, das Beste für das Land gerade in den Wochen, die vor uns liegen, wäre es, wenn Sie den Finanzminister noch heute entlassen würden. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Laschet. – Am Pult steht der nächste Redner bereit. Das ist Herr Kollege Börschel von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank! – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren!

(Unruhe von der CDU – Glocke)

– Der Umstand, dass Sie hier so schreien, legt doch nur bloß, wie substanzlos Ihre Argumentation eigentlich ist.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Ich bin ziemlich sicher: Hätte Frau Klöckner jemanden hier, der ihr sofort berichten könnte, würde sie sich noch einmal überlegen, ob sie sich ausgerechnet von Ihnen beraten lassen will, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD)

Es gab den Vorwurf des Täuschens und Tarnens an die Vorgängerregierung. Der war noch nie so berechtigt wie heute. Der Beweis ist ein weiteres Mal angetreten worden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie waren es doch, die einen beispiellosen Raubzug durch die Kassen der Kommunen durchgeführt haben.

(Widerspruch von der CDU)

Sie waren es doch, die einen Rechtsverstoß nach dem anderen zu verantworten haben. Dass ausgerechnet Sie uns einen Kurs im Umgang mit dem Verfassungsgericht geben wollen, ist doch grotesk. Sie waren mit der Vorgängerregierung Stammgast vor dem Verfassungsgerichtshof. Sie haben eine Klatsche nach der anderen bekommen: Haushalte! KiföG! Einheitslasten! Und so weiter und so fort.

(Beifall von der SPD)

Dass ausgerechnet Sie ein Beispiel dafür geben wollen, wie man vor dem Verfassungsgerichtshof verliert und eine Klatsche nach der anderen bekommt, kann ich gut verstehen. Das haben Sie in der Tat eindrucksvoll bewiesen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, warum Sie mit Ihrer Vorgängerregierung abgewählt worden sind, haben Sie diesen Beweis heute angetreten.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Zum Thema!)

Eins ist vollkommen klar: Sie schelten heute Finanzminister Walter-Borjans für exakt denselben Vorgang, für den Sie Finanzminister Linssen noch in den höchsten Tönen gepriesen und gelobt haben.

Ich habe mir noch in der letzten HFA-Sitzung Ihren Hohn und Spott anhören müssen, weil ich mir erlaubt habe, eine Erklärung des Kollegen Weisbrich mir zu eigen zu machen, in der ich nur Namen und Jahreszahlen ausgetauscht habe. Diese geradezu tiefende Erklärung, in der Linssen für seine vorausschauende Politik für weniger Ausgaben, für mehr Einnahmen und konsolidiertes Handeln gelobt wurde, ist doch dieselbe Blaupause, die Sie jetzt bei Walter-Borjans anwenden müssten, hätten Sie den Anstand, die Argumente, die Sie früher ins Feld ge-

führt haben, auch jetzt ins Feld zu führen. Das, was Sie tun, ist nicht anständig. Das muss man hier sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie wollten mehr Informationen haben. Sie regen sich tatsächlich darüber auf, dass Minister Walter-Borjans zu einem Zeitpunkt, zu dem in den vergangenen fünf Jahren Linssen niemals auch nur den Hauch einer Andeutung gemacht hat, jetzt schon Details vorgelegt hat. Schon bei den Vorlagen in den Haushalts- und Finanzausschusssitzungen früherer Jahre, die es – wie gerade nachgewiesen – immer erst im Februar/März gab, hat Finanzminister Linssen sozusagen stereotyp eine Formulierung dabei gehabt, die lautete: Eine abschließende Darstellung der Erwirtschaftung der Minderausgaben und die ressortspezifische Zuordnung kann erst in der Haushaltsrechnung erfolgen, da zurzeit noch nicht alle erforderlichen Berechnungswerte vorliegen.

Das heißt: Sie schimpfen ihn dafür aus, dass er früher Informationen gibt und das auch noch substantieller, als das Linssen je gemacht hat. Das ist absurd und grotesk, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Eben ist es auch schon angedeutet worden: Wenn Sie heute allen Ernstes 40 Fragen – so viele waren es ungefähr – stellen, aber großzügig jedenfalls in der Sitzung auf die Beantwortung der meisten Fragen verzichten, dann belegen Sie doch eindrucksvoll, dass Sie eigentlich längst kapiert haben, wohin der Zug fährt. Sie merken nämlich, dass ihr groß angelegter berittener Angriff, den Sie schlagen wollen, längst ins Leere gegangen ist.

Die Veranstaltung heute Morgen war peinlich für Sie, weil das ein Grundlagenseminar im Haushaltsvollzug für Fortgeschrittene war. Herr Laschet, Sie sind selten Gast in diesem Kreis, aber ich konnte Ihr immer länger werdendes Gesicht sehr sorgfältig studieren. Sie sind zum Ende der Sitzung quasi geflohen, weil Sie sich dieser wirklich sezierenden Belehrung durch den Finanzminister in Grundlagen, die Sie eigentlich längst hätten kennen müssen, nicht mehr gewachsen sahen. Das war schon sehr schön anzusehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie wollten ganz offensichtlich mit einer Reihe investigativer Fragen punkten und die Medien beeindrucken. Wenn dann natürlich herauskommt, dass Sie wirklich Frage für Frage und Antwort für Antwort eines Besseren belehrt werden, dann ist das kein gutes Zeugnis für Sie.

Wenn Sie so darauf bestehen, gebe ich Ihnen ein Beispiel: Die Frage 8.2 lautete, Herr Kollege Weisbrich:

„Warum wurde das Parlament über die sich abzeichnenden Tendenzen nicht vor der Verab-

scheidung des Nachtragshaushalts 2010 unterrichtet?“

Es wurde geschildert – der Finanzminister hat es im Plenum auch gesagt –, dass die Unterrichtung stattgefunden hat, und zwar in der HFA-Sitzung am 4. November 2010. Herr Kollege Weisbrich, wenn Sie noch nicht einmal die Unterlagen lesen, dann setzt das der Peinlichkeit die Krone auf. Hier so einen Angriff zu reiten, aber nicht zu wissen, wovon Sie reden, das hat man hier im Parlament wirklich selten erlebt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Hilflosigkeit, die Sie an den Tag legen, wird in einem Satz von eben deutlich. Kollege Weisbrich hat es quasi in einem Stoßgebet zusammengefasst: Es kann doch nicht sein, dass die Regierung nicht wusste ... – Es kann nicht sein, was nicht sein darf, Herr Kollege Weisbrich. Das zeigt, wie hilflos Sie versuchen, einen Angriff zu Ende zu führen, der längst ins Leere gegangen ist. Sie skandalisieren einen Vorgang, den der ehemalige Finanzminister Dr. Linssen auch fünf Jahre lang praktiziert hat. Herr Walter-Borjans macht es früher, substanzieller. Das Ganze hat sich für Sie zum Rohrkrepierer entwickelt.

Ich möchte Ihnen deswegen zum Schluss noch eine indianische Weisheit ans Herz legen. Wenn Sie sie beherzigen, kann es für Sie noch einigermaßen ausgehen: Wenn das Pferd, das du reitest, tot ist, steig ab! Das rate ich Ihnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Für die Fraktion Die Grünen spricht nun Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Laschet, das war ohne Zweifel eine kämpferische Rede. Bevor Sie aber Empfehlungen geben, wen die Ministerpräsidentin zu entlassen oder nicht zu entlassen hat, sollten Sie sich überlegen, wen Sie zum Oppositionsführer machen. Das ist die Frage, die Sie intern klären müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich will Ihnen auch noch einen zweiten Punkt nennen: Wenn Sie wirklich so gut drauf wären, wie Sie hier tun, dann beantragen Sie gleich die Sitzungsunterbrechung und Neuwahlen, damit Sie in die Verantwortung kommen. Das tun Sie nicht, genau da kneifen Sie. Denn Sie wissen ganz genau: Helmut Linssen hat den Haushalt 2010 so auf Kante genäht, weil er mit aller Gewalt vermeiden wollte, den Haushalt mit der höchsten Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen vorzulegen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie wissen auch ganz genau, dass er den Nachtragshaushalt schon vorbereitet hatte, weil er genau wusste, dass er über die 6,6 Milliarden € hinaus muss. Wir haben zusätzlich noch die Quittung aus den von Ihnen verlorenen Verfassungsklagen bekommen. Insofern mussten Sie die Bilanz ehrlich selber ziehen: Sie haben sich vor der Landtagswahl gedrückt.

Ich will überhaupt nicht bestreiten, dass wir danach eine wirtschaftliche Entwicklung hatten, angefangen Mitte des Jahres, sich zum Jahresende hin verstärkend, die uns in den guten Zustand von viel höheren Steuereinnahmen als erwartet versetzt. Wir hoffen, dass dies auch das ganze Jahr 2011 durchträgt, weil höhere Steuereinnahmen für alle gut sind. Also: Wir haben jetzt deutlich mehr Steuereinnahmen, was sich zwar erst Ende des Jahres so verdichtet hat, aber schon in den Zwischenschritten enthalten war.

Es sind auch weniger Mittel abgeflossen. Bei Herrn Linssen waren es immer zwischen 400 und 600 Millionen €, die nicht verausgabt worden waren. Bei uns ist es etwas mehr, was aber auch vernünftig erklärbar ist, denn: Im Mai war die Wahl. Die Ministerpräsidentin ist im Juli gewählt worden. Im August/September ist die Regierung gebildet worden. Dass dann etwas weniger abfließt, weil Projekte über ein paar Monate nicht angefangen wurden, ist ganz natürlich.

Insofern haben wir eine klare Bilanz und aus zwei Positionen heraus eine bessere Situation, wobei ein Teil der durch Minderausgaben entstandenen Mittel noch abfließen wird, weil die Maßnahmen noch kommen.

Das alles kann man nüchtern bewerten, ohne Klammern und Theater. Das tun Sie nicht. Die positive Seite können wir darstellen, die negative Seite müssen Sie sich selber anrechnen lassen, weil Sie den Haushalt 2010 nicht sauber aufgestellt haben. Auch das wissen Sie ganz genau. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Fraktion Die Linke spricht Herr Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Eine knappe Milliarde Euro Minderausgaben, über 300 Millionen € Mehreinnahmen, und das alles war nicht vorauszusehen. Das ist allein deshalb schockierend, weil wir Abgeordneten im Grunde über einen Nachtragshaushalt 2010 abgestimmt haben, den wir und auch die Öffentlichkeit in seiner endgültigen Gestalt gar nicht kennen konnten.

Nun geht es mir nicht um das Ritual von Oppositionsparteien, die die Regierung an den Pranger stellen, weil das eben so üblich ist. Mir ist auch klar, dass Ressorts mit dem Klammerbeutel gepudert wären, wenn sie anderen Ministerien gegenüber einräumen würden, dass sie voraussichtlich weniger Geld brauchen als vorgesehen. So etwas sagt man, wenn überhaupt, möglichst spät. Wenn Ultimo näherrückt – die Verfahren zur Verausgabung der Gelder dauern, vielfach klappt es dann nicht mehr im laufenden Jahr –, kann einem Ministerium auch recht kurzfristig klar werden, dass weniger Geld ausgegeben werden muss. Wie das aber in diesem Umfang geschehen konnte, ist schwer plausibel zu machen.

Es ist nur natürlich, dass viele annehmen, hier seien Tricks im Spiel und es handele sich um eine Reaktion auf den vorläufigen Beschluss des Landesverfassungsgerichts. Ich wünschte mir, Herr Minister Walter-Borjans, Sie könnten in dieser Hinsicht alle Zweifel ausräumen.

(Beifall von der LINKEN)

Mir geht es um etwas ganz anderes, und das möchte ich in den Vordergrund stellen: Für uns Linke ist es besonders bitter, im Nachhinein zu erfahren, dass für den Nachtragshaushalt 2010 nun doch rund 1,3 Milliarden € mehr zur Verfügung stehen. Wir wollten doch mehr Geld für die Kommunen, mehr Neueinstellungen, mehr Geld für die Betreuung der unter Dreijährigen, mehr Geld für das Soziale. Wir wollen ein Sozialticket.

(Serdar Yüksel [SPD]: Ihr habt keine Haushaltsüberschüsse, aber Milliarden Schulden!)

Wir wollen ökologische Zukunftsinvestitionen, und immer wieder bekommen wir zu hören, dafür sei kein Geld da. Nach der Abstimmung sind plötzlich 1,3 Milliarden € mehr da.

In der Debatte muss es doch tatsächlich darum gehen: Solches Geld muss für die dringenden sozialen und ökologischen Zukunftsinvestitionen ausgegeben werden.

(Beifall von der LINKEN)

Das bedeutet auch – ich sage Ihnen das ganz unmissverständlich –: Solches Geld darf nicht auf dem Altar der Haushaltskonsolidierung geopfert werden.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich habe es heute Morgen in der Aktuellen Stunde gesagt, und ich wiederhole mich gerne: Ich lasse erst dann über Haushaltskonsolidierung mit mir reden, wenn endlich Steuergerechtigkeit in diesem Land herrscht. – Danke.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Aggelidis. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerpräsidentin Kraft das Wort.

(Zurufe von der CDU: Hey!)

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich melde mich zu Wort, weil ich glaube, es gilt, eines vom Grundsatz her klarzustellen – ich habe gedacht, das hätten wir schon in der Unterrichtung deutlich machen können –: Herr Weisbrich, Herr Papke, Herr Laschet, das, was Sie hier an Empörungsmaschinerie auffahren, hat mitnichten irgendetwas mit den Realitäten in diesem Haushaltsverfahren zu tun, und das wissen Sie.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich erwarte nicht, dass Sie uns als Regierung unterstützen. Eine Opposition hat eine andere Rolle. Aber ich muss sagen: Es ist schon auch moralisch bedenklich, dass Sie ...

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh!)

– Doch, und ich sage Ihnen auch, warum. Das werden Sie nicht gerne hören, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber es ist moralisch bedenklich, dass Sie einen solchen Haushalt 2010 aufgestellt haben, von dem Sie wussten, er reicht hinten und vorne nicht.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Dass Sie dann dagegen vors Verfassungsgericht ziehen, wenn wir das im Nachtrag richtigstellen, das ist verwerflich!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerpräsidentin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen ...

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Nein, ich werde das jetzt ausführen. Sie hatten genug Gelegenheit zu reden, und vielleicht haben Sie noch ein paar Minuten. Ich werde offensichtlich die Zeit überziehen.

Mit dieser Debatte, die Sie seit Tagen vom Zaun brechen, wird es Ihnen nicht gelingen, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, dass wir das, was von Ihnen als Schlussabrechnung vorgelegt wurde, auf unser Konto übernehmen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Reden wir mal über die 1,8 Milliarden €, lieber Kollege Laschet! Da sind das KiföG, die U3-Betreuung, die Urteile des Verfassungsgerichts, die Sie nicht umgesetzt haben, drin! Mein Vorgänger, der es hätte machen müssen, sitzt noch in der ersten Reihe. Er hätte es machen müssen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Reden wir auch mal, wenn Sie sich über die 1,8 Milliarden empören und zum Verfassungsgericht gehen, darüber, dass wir in Wahrheit doch im Kern über die 1,3 Milliarden Rückstellungen für die WestLB-Bad-Bank reden! Wer in diesem Haus hat das denn verursacht?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Sie!)

Wer hat denn die Ursachen zu verantworten!? Wer hat das denn gemacht!? – Ich habe Ihnen das beim letzten Mal schon dargelegt, und ich kann die Zahlen jederzeit repetieren.

(Armin Laschet [CDU]: Ihr System! – Weitere Zurufe von der CDU)

Haben Sie die Bad Bank der WestLB gegründet oder nicht? Und wer hat sich in diesem Haushalt wie verhalten? Halten wir das doch bitte schön mal fest! Jetzt reden wir mal Tacheles!

(Unruhe – Glocke)

Lieber Herr Kollege Weisbrich, vielleicht funktioniert Ihre Erinnerung nicht. Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, haben für die Bad Bank der WestLB eine Sonderrücklage, ein Sondervermögen gebildet. Dieses Sondervermögen ...

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Unruhe)

– Kleine Korrektur, Herr Kollege Laschet. Keine Schimären hier. Es gab in Ihrer Regierungszeit keinen Haushalt mit Haushaltsüberschüssen; es gab nur Haushalte, die mit Krediten geendet haben!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das ist auch eine Wahrheit Ihrer fünfjährigen Regierung in Nordrhein-Westfalen! – Sie haben 1,1 Milliarden in dieses Sondervermögen hineingepackt. Ihr Finanzminister, werter Herr Kollege Rüttgers, hat das so festgelegt, dass wir das nur wieder herauskriegen würden, indem wir ein Gesetz dazu machen. Jetzt die Schimäre aufzubauen, wir würden uns einen Sparstrumpf anlegen, wenn wir diese Sonderrücklage weiter auffüllen, ist eine Unverschämtheit, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Dann kommt Herr Kollege Laschet und erklärt uns – ich staune und reibe mir hier die ganze Zeit die Augen –: Ja, wenn es jetzt 1,3 Milliarden Haushaltsverbesserung gibt, wäre das alles ganz toll gewesen. – Das heißt: Die Haushaltsverbesserung sind Sie und die Schulden sind wir.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Die Zuteilung würde Ihnen so passen, werter Kollege. Diese 1,3 Milliarden Haushaltsverbesserung de-

cken doch nicht ab, dass Sie die notwendigen Zahlungen für die Kommunen nicht geleistet, U3 nicht hingekriegt und dass Sie nicht gedeckte Versprechungen gemacht haben. Das steht doch nicht auf dem gleichen Papier, meine werten Kollegen von CDU und FDP! Da reden wir mal Tacheles!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn Sie anführen, wir müssten das Verfassungsgericht ordentlich informieren, dann geht es um „ordentlich“. Eines weiß ich: Vor Gericht legt man möglichst die Zahlen vor, die man untermauern kann und bei denen man auf alle Rückfragen des Gerichts mit Detailkenntnissen die entsprechenden Antworten liefern kann.

Deshalb für die Annalen zusammengefasst: Am 13.01. hat der Finanzminister telefonisch aus dem Haus die ersten Informationen über die Größenordnung der Haushaltsverbesserung gehabt – ohne weitere Details. Am 18.01. hat er Infos über die großen Blöcke der Einsparungen erhalten – ohne Details über die genauen Ursachen, ohne zu diesem Zeitpunkt bewerten zu können: Wird das beispielsweise auf den Haushalt 2011 Auswirkungen haben?

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

– Hören Sie doch einfach mal zu! Schreien Sie doch nicht immer dazwischen!

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

– Das ist also eine Unverschämtheit, wenn ich die Daten hier vorlese? Sie haben die offensichtlich nicht mitgehört. – Am 19.01. haben wir hier ...

(Unruhe – Glocke)

Vizepräsident Oliver Keymis: Kolleginnen und Kollegen, ich höre mir das hier oben seit einer Viertelstunde an. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich finde es unerträglich laut.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Es ist für die Rednerin nicht möglich zu sprechen. Das gilt für alle gleichermaßen. Bitte mäßigen Sie sich etwas in den Reaktionen, dann können Sie einander besser zuhören und aufeinander reagieren.

Ich sage es gleich dazu: Es gibt durch die Rede der Ministerpräsidentin ein paar Minuten Überhang. Sie können also alle die Gelegenheit nutzen, noch einmal nach vorne zu kommen und Stellung zu nehmen. Ich darf Sie dringend bitten, dass wir uns darauf verständigen – auch im Sinne der Zuhörerinnen und Zuhörer.

(Beifall von der LINKEN)

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Noch mal zur Klarheit: 13.01.: erste Infos beim Finanzminis-

ter ohne weitere Details; 18.01.: Die größten Blöcke sind bekannt, ohne Details über die genauen Ursachen und welche Folgewirkungen das für zukünftige Haushalte hat.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Wir haben am 17.01. das Verfassungsgericht mit einem Schriftsatz darüber informiert, dass wir Haushaltsverbesserungen erwarten. Wir haben am 19. hier eine Debatte geführt, und zwar eine Unterrichtung mit dem Titel: Konsequenzen der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs NRW.

Das sind Daten und Fakten. Wenn Sie mir jetzt an diesen Daten und Fakten – ich habe es bis jetzt noch nicht verstanden – erklären könnten,

(Armin Laschet [CDU]: Das müssen Sie auch nicht verstehen! -Zuruf von der SPD: Sie sollten mal ruhig sein!)

wo der Fehler des Finanzministers war, Herr Laschet! Die Abwägung war: Sollen wir diese Zahlen, die wir im Groben kennen, herausgeben – Ja oder Nein?

(Zurufe von der CDU)

Es war für den Finanzminister und für uns keine einfache Entscheidung zu sagen: Wir gehen mit diesen groben Zahlen schnellstmöglich raus. Denn wir wussten, dass der Bund auf die Daten zugegriffen hat.

Herr Weisbrich, es ist keinesfalls so – Sie haben das, glaube ich, vorhin angemerkt –, dass wir sozusagen einen Brief schreiben, sondern er greift auf die Daten auf unserem Server zu.

Das politische Risiko, Herr Laschet, dass Sie dann, über Berlin gespielt, damit rausgehen, dass wir dem Verfassungsgericht und dem Parlament diese groben Haushaltsverbesserungsdaten schuldig geblieben sind, waren wir nicht bereit einzugehen. – Das ist der Grund, warum wir in dieser Weise informiert haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Meine Güte!)

Wir haben dann ...

(Weitere Zurufe – Unruhe)

– Ich möchte nicht, dass das von meiner Zeit abgeht.

Wir haben dann unverzüglich in der Haushaltsausschusssitzung über die Details, die uns bekannt geworden sind, informiert, so, wie wir es bei der letzten Sitzung gemacht haben, wie es heute gemacht wird und wie wir es in der Sitzung, die offensichtlich nach Ende des Plenums anberaumt ist, auch weiter tun werden.

Wenn Sie das mit der Informationspolitik Ihrer Regierung und der Informationspolitik Ihres Finanzministers vergleichen, dann sollten Sie in diesem Par-

lament mal ganz ruhig bleiben, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe Ihnen bei dieser Unterrichtung gesagt: Wir sind bereit, in der staatspolitischen Verantwortung für unser Land diese ...

(Bernhard Schemmer [CDU]: Neuentdeckung! – Gegenruf von Sören Link [SPD]: Herr Schemmer, dass Sie davon keine Ahnung haben, ist allen klar!)

Ich habe in dieser Sitzung in der Unterrichtung gesagt: Wir sind bereit, in diese staatspolitische Verantwortung einzutreten. Wir sind bereit zu übernehmen, dass wir hier dringend Rücklagen brauchen und für die Bad Bank der WestLB werden zahlen müssen. Sie alle wissen – diejenigen, die im Haushaltsausschuss sind, wissen es umso besser –, dass noch weitere Risiken bei der WestLB auf uns zukommen. Das ist die Realität.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Dass Sie zum Verfassungsgericht rennen, um exakt diese Rücklagen – in Anführungsstrichen – kaputtzumachen, dass Sie sich hier hinstellen und eine Empörungsmaschinerie ablaufen lassen, das ist das, was politisch in diesem Land nicht durchgehen wird, meine Herren und Damen! Es wird nicht durchgehen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Minister Johannes Remmel)

Ich bin viel in diesem Land unterwegs und rede nicht nur vor Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und Anhängern. Aber ich kann Ihnen eins sagen: Bei der IHK ...

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU]) – Zurufe von der CDU)

– Ja, das kann ich Ihnen sagen. Bei der IHK rede ich, und zwar auf vielfältigste Weise bei Neujahrsempfängen. Da ist nun nicht wirklich immer nur Klientel von SPD oder Grünen vertreten.

Wenn ich das alles darlege, kommen die Menschen hinterher auf mich zu und räumen ein: Das, was dahinter alles an Details steckt, haben wir gar nicht gewusst.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

– Ja, Sie glauben gar nicht, wie viele Menschen überhaupt die Dimension dessen ...

(Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Gegenruf von Sören Link [SPD]: Ach, Herr Laschet!)

Sie glauben ja gar nicht, welche Wirkung es hat, wenn Sie Bürgerinnen und Bürgern, selbst Unternehmerinnen und Unternehmern in einer solchen Veranstaltung einmal in aller Offenheit schildern, dass wir eine Bad Bank haben, in der für 77 Milliar-

den € faule Papiere liegen, dass hingegen unser Landeshaushalt rund 50 Milliarden € enthält

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

und dass wir mit 3,5 Milliarden € garantieren und wissen, dass wir die werden zahlen müssen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn ich dann den Menschen, die da sitzen, erläutere: Es kommen mit einem sehr hohen Wahrscheinlichkeitsgrad in den nächsten Monaten 3,5 Milliarden € auf uns zu, und wir haben im Nachtragshaushalt die Rücklage für diese zu erwartenden Zahlungen, die wir leisten werden müssen, von 1,1 Milliarden um 1,3 Milliarden € aufgestockt, dann fragen die mich noch: Warum haben Sie denn nicht auf die 3,5/3,7 Milliarden € aufgestockt? – Das ist die Reaktion der Bürgerinnen und Bürger, weil sie wissen, dass es richtig ist, für solche Belastungen, die erkennbar sind, vorzubeugen. – Und da reden wir nur über die Bad Bank und noch nicht über die WestLB an sich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein Wort noch zu Herrn Aggelidis. Auch das kann ich Ihnen nicht ersparen. Herr Aggelidis, wir haben vorhin dargelegt – auch im Ausschuss ist es schon bekannt geworden –: Schon im November wurde über Haushaltsverbesserungen gesprochen. Das hat der Kollege Finanzminister hier noch einmal ausgeführt. Aber eins ist in Ihrer Fraktion offensichtlich ein Problem.

(Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU])

Wenn wir über weniger Ausgaben reden, reden wir nicht über mehr Geld, das wir verteilen können, sondern wir reden über weniger Schulden für Nordrhein-Westfalen. Und das ist die gute Nachricht, die dahintersteht: 1,3 Milliarden € weniger Schulden für unser Land. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und
von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Von der Landesregierung sind 10:54 Minuten über die Redezeit hinaus in Anspruch genommen worden. Die nutzen wir bitte nicht alle voll aus, aber alle haben natürlich die Gelegenheit, im Rahmen dieses Paketes noch einmal zu reagieren. – Als Nächstes hat sich für die FDP-Fraktion Herr Dr. Papke gemeldet.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, das war kein souveräner Auftritt. Eine Ministerpräsidentin, die in einer solchen Debatte schimpft wie ein Rohrspatz, zeigt, wie es um das Nervenkostüm dieser Regierung momentan bestellt ist.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Dazu mag vielleicht auch noch der Wortbeitrag von Herrn Kollegen Aggelidis beigetragen haben. Nachdem er Ihnen deutlich gemacht hat, über welche Themen die Linkspartei bei den Beratungen über den Landeshaushalt 2011 mit Ihnen sprechen will, hat Ihre Nervosität – wahrscheinlich zu Recht – noch einmal deutlich zugenommen.

(Zuruf von der SPD)

Wir sind sehr gespannt, wie sich diese irrwitzige Verschuldungspolitik, die die Linken gerade noch einmal eingefordert haben, mit Ihren Planungen für den Landeshaushalt 2011 in Übereinstimmung bringen lässt, Frau Ministerpräsidentin.

(Karl Schultheis [SPD]: 3 % waren das!)

Ich will zur Richtigstellung hier noch einmal einige Punkte kurz aufgreifen.

(Karl Schultheis [SPD]: Das kann gar nicht sein!)

Dass Sie allen Ernstes hier nach vorn gehen, Frau Ministerpräsidentin, und der Vorgängerregierung vorwerfen, sie wäre mit Haushaltsdaten, von denen wir gewusst hätten, dass das Geld nicht reicht, in die Regierungsplanung 2010 gegangen, ist doch durch Ihren Finanzminister widerlegt worden.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sagen Sie mal! Der Finanzminister hat doch darlegen müssen: Das Geld, was Schwarz-Gelb eingeplant hatte, hat gereicht.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Heike Gebhard [SPD]: Hören Sie doch mal zu!)

Haben Sie immer noch nicht registriert, dass Ihr ganzes Lügengebäude der angeblichen Erblast von Schwarz-Gelb zusammengebrochen ist wie ein Kartenhaus?

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Serdar Yüksel [SPD])

Die Wahrheit ist: Wir könnten nach den Zahlen Ihres Finanzministers unter der Neuverschuldung von Schwarz-Gelb bleiben. Eine erhöhte Neuverschuldung ist nicht nötig.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das ist doch die klare Aussage, die sogar der Finanzminister hat jetzt beitragen müssen. Also erzählen Sie doch nicht immer noch das Gegenteil.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Frau Ministerpräsidentin, ich bitte Sie.

Und jetzt zur WestLB. – Sie sind doch wirklich im Stoff. Sie wissen doch ganz genau: Es geht hier um eine Rücklage im Nachtragshaushalt 2010 in Höhe von zusätzlichen 1,3 Milliarden €; eine Rücklage, die nicht nötig ist, weil Ihr Finanzminister im HFA

mehrfach vorgetragen hat, dass von der von uns geschaffenen Rücklage von 1,15 Milliarden € bis Ende 2010 erst 107 Millionen € zulasten des Landes abgefließen sind.

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

Es ist noch über 1 Milliarde € übrig in der Rücklage. Wenn irgendwann einmal in den nächsten Jahren – das ist in der Tat nicht auszuschließen – zusätzliche Aufwendungen nötig sein sollten, dann nicht in der Vergangenheit zulasten der Vorgängerregierung und auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger, denn dafür müssen Sie natürlich auch Zinsen bezahlen, Herr Finanzminister.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zurufe von der SPD)

Also vermengen Sie nicht diese beiden Themenkomplexe.

Der Frage, Frau Ministerpräsidentin, wer das Desaster bei der WestLB wirklich politisch verursacht hat, dieser Debatte sehen wir angesichts

(Serdar Yüksel [SPD]: Sie sind doch der Brandstifter mit Ihrer Ideologie!)

von 39 Jahren sozialdemokratischer Finanzminister in Nordrhein-Westfalen in ununterbrochener Reihenfolge mit großer Entspannung entgegen. Wenn Sie da versuchen sollten, der Regierung von Rüttgers und Pinkwart die Verantwortung zuzuschieben, werden Sie das nicht hinbekommen.

(Zuruf von der SPD: Das haben die Wählerinnen schon gemacht! Das haben die Menschen schon verstanden!)

Wir haben die Probleme bei der WestLB, weil sozialdemokratisch geführte Regierungen über Jahrzehnte der Auffassung waren, die WestLB sei ein unverzichtbares Instrument der Strukturpolitik des Landes. Wir haben davor gewarnt, dass die Bürger am Ende die Zeche zahlen müssen. Sie haben uns dafür ausgelacht. Das ist die Realität!

(Beifall von der FDP und von der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Nicht weglafen, Frau Kraft! – Zurufe von der SPD)

Frau Ministerpräsidentin, ich habe die Bitte, dass Sie mir noch einmal zuhören. Ich bin auch gleich fertig.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ich bin immer da!)

– Das weiß ich. Ich rechne auch immer mit Ihnen, Frau Ministerpräsidentin.

(Ralf Witzel [FDP]: Jetzt läuft sie ja doch weg!)

Aber das ist mir, weil das der Ausgangspunkt der heutigen Debatte ist, ein besonderes Anliegen. Bringen Sie Ihrem Finanzminister bitte den nötigen

Respekt vor dem Parlament bei, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Der hat es nämlich immer noch nicht verstanden, dass wir die erste Gewalt sind, dass wir die gewählten Vertreter der Menschen in Nordrhein-Westfalen sind. Wenn sich Veränderungen in der Haushaltslage des Landes ergeben, dann hat er nicht auf irgendwelchen Empfängen herumzuturnen und da seine Daten zum Besten zu geben, sondern er hat das Parlament zu informieren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das ist seine Pflicht. Das gebietet der Respekt der Regierung vor dem Parlament. Der Finanzminister ist kein Parlamentarier. Dann vermitteln Sie ihm bitte, was der nötige Respekt vor den gewählten Abgeordneten der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu bedeuten hat. So geht es jedenfalls nicht weiter,

(Zurufe von der CDU)

weder im Umgang Ihrer Regierung mit dem Parlament und in der Haushaltspolitik schon gar nicht.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Wenn Sie so weitermachen, Frau Ministerpräsidentin, werden Sie scheitern. Das sage ich Ihnen in aller Klarheit. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Papke. – Als Nächster spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Laumann.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Superhaushälter!)

Karl-Josef Laumann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Finanzminister Walter-Borjans, die Rede der Ministerpräsidentin hat sehr deutlich gemacht, wie schlimm es um Sie steht, wie schlimm es um Sie steht in dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich will Ihnen auch sagen, warum die Ministerpräsidentin eben teilweise so reagiert hat wie sie reagiert hat, nämlich weil in den letzten Tagen eines klar geworden ist: Die Unverschämtheit, die seit dem Regierungswechsel hier in finanzpolitischen Debatten von Ihnen dargestellt wird, als sei der Haushalt 2010 der schwarz-gelben Regierung unsolid,

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von der CDU: Genau so ist es!)

auf Kante genäht und unrealistisch, hat sich schlicht und ergreifend als ein Lügenmärchen entpuppt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Denn, Herr Finanzminister und Frau Ministerpräsidentin, die Fakten sind doch folgende: Gegenüber der Haushaltsveranschlagung 2010 haben wir bisher de facto, wie wir wissen, 1,3 Milliarden € mehr Steuereinnahmen. Ich denke, das ist unstrittig. Unstrittig ist auch, dass wir in diesem Haushalt 960 Millionen € Haushaltsreste, also Minderausgaben, haben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Haushaltsrecht ist schwierig! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Gut erkannt!)

Das ist im Übrigen der Beweis dafür, dass der Haushalt in den Ausgabepositionen nicht auf Kante genäht war, wie Sie es hier immer unterstellen. Sonst hätte das ja gar nicht passieren können.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Dann gibt es 370 Millionen € Mehreinnahmen im Finanzausgleich. Das sind im Ganzen in diesem Haushalt Mehreinnahmen von 2,63 Milliarden €. Dem gegenüber stehen Mehrausgaben in einzelnen Positionen, die ja auch hier immer vorgetragen worden sind, von 500 Millionen €. Das heißt, dass die Summe der Verbesserungen im Haushalt 2010 2,13 Milliarden € beträgt.

Darauf lege ich einfach einmal Wert, dass hier im Parlament und in der Öffentlichkeit klar ist: Das ist die wahre Schlussbilanz im Haushalt 2010 von Schwarz-Gelb.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Dann möchte ich gerne ein Weiteres sagen: Mir liegt seit einigen Stunden Ihre Pressemitteilung von heute vor, die wohl nach der Sitzung des Haushaltsausschusses verteilt worden ist. Sie schreiben – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten – in Punkt 6: Das Finanzministerium hat dem Bund am 20. Januar den Zugriff eröffnet und die mir damit bekannten Tendenzen bereits am 17. Januar dem VGH mitgeteilt. Ich wurde am 13. Januar telefonisch über die vorläufige Haushaltsverbesserung unterrichtet. – Und so weiter.

Ich kann nur sagen: Damit ist klar, dass Sie am 13. Januar zumindest von der Tendenz, dass der Haushalt 2010 wesentlich weniger Kredite braucht, als Sie im Nachtragshaushalt veranschlagt hatten, gewusst haben. In Bezug darauf, dass wir am 19. Januar hierüber die Debatte so geführt haben, wie wir sie geführt haben, mögen Sie juristisch Recht haben, dass Sie das Parlament nicht informieren mussten. Politisch ist es auf jeden Fall eine große Dummheit gewesen. Ihnen wäre viel erspart geblieben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Laumann, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl-Josef Laumann (CDU): Nein.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage.

Karl-Josef Laumann (CDU): Gerade diese Landesregierung hat zu Beginn ihrer Tätigkeit gesagt: Wir wollen jetzt im Parlament einen ganz anderen Stil zwischen Regierung und Parlamentsfraktionen einführen. – Dazu kann ich nur sagen: Ich kann mich hinsichtlich der fünf Jahre, wo wir an der Regierung waren, nicht erinnern, dass wir jemals mit dem Finanzminister ein solches Theater im Parlament über die Zahlen im Haushalt hatten, wie wir es jetzt unter Ihnen haben!

(Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von der SPD)

Aber das Schlimmste an der ganzen Sache ist, dass Sie mit den Aktionen der letzten Tage dafür gesorgt haben, dass der Finanzminister in diesem Lande – auch in vielen Spots im Fernsehen – mittlerweile zum Gespött der Leute geworden ist. Und Nordrhein-Westfalen kann keinen Finanzminister gebrauchen, der zum Gespött der Leute geworden ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich will einen weiteren Punkt nennen. Frau Ministerpräsidentin, ich wäre sehr vorsichtig, hier eine Legende anzufangen oder eine Debatte einzuleiten, wenn jetzt bei der WestLB in den nächsten Wochen Veränderungen kommen sollten. Ich wäre sehr vorsichtig, jetzt Schuldforderungen aufzubauen. Ich kann Ihnen nur sagen: Das, was Neuber für die WestLB bedeutet hat, was er über Jahrzehnte für die Landesregierungen der SPD bedeutet hat, das wissen die Leute in Nordrhein-Westfalen auch. Und der Mann steht nicht für soliden Umgang mit Finanzen, mit Banken und mit Moral!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Der zweite Punkt ist: Sie haben ja so viel Wert darauf gelegt, dass Sie einen neuen Stil in die Politik einbringen wollen. Ich kann nur sagen: Da sollte man ehrlich bleiben, so viel Mumm haben und sagen: Das, was früher in der WestLB gelaufen ist – das waren auch aus Ihrer Sicht sicherlich Vorgänger, wenn Sie auch das gleiche Parteibuch hatten –, war nicht in Ordnung.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Da ist der Grund für diesen Sumpf gelegt worden, den wir jetzt ausbaden müssen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ein weiterer Punkt: Sie haben vor 14 Tagen in einem Interview der „Westfälischen Nachrichten“ in Münster erklärt, Sie könnten belegen, dass rund drei Viertel der Papiere, die bei dieser Bank als to-

xisch geführt werden, aus der Zeit stammen, wo die Union die Regierungsverantwortung hatte. Ich möchte Sie einmal bitten, das schlicht und ergreifend zu belegen. Denn wir haben Informationen darüber, dass 78 % der Papiere aus Ihrer Zeit stammen. Das muss einfach einmal der Wahrheit halber geklärt werden!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Dann will ich einen weiteren Punkt nennen, warum Sie wahrscheinlich heute so reagiert haben, wie Sie reagiert haben. Sie sehen, Frau Ministerpräsidentin, in Bezug auf Ihren Politikansatz einer präventiven Haushaltspolitik – darüber haben wir auch schon einmal geredet – angesichts der Auseinandersetzung über den Nachtrag und der damit verbundenen Auseinandersetzung in Münster schlicht und ergreifend, dass es wahrscheinlich so ist, dass es in Nordrhein-Westfalen aufgrund der Rechtslage nicht mehr die Haushaltsspielräume für eine Finanzpolitik gibt, wie Sie sie sich noch bis vor wenigen Wochen vorgestellt haben: allen alles zu geben und das unseren Kindern als Schuldscheine in den Tornister zu stecken.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deswegen will ich Ihnen zum Schluss eines sagen: Die Opposition – in diese Rolle haben wir uns ja nun wahrlich nicht gedrängt – hat in jeder Demokratie eine ganz wichtige Aufgabe. Und die werden wir ernst nehmen; die haben Sie ja auch ernst genommen. Die werden wir ernst nehmen, indem wir darauf achten werden, dass die Regierenden in diesem Land Recht und Gesetz und vor allen Dingen unsere Verfassung einhalten.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deswegen ist dies unsere Pflicht: Wenn Sie in Nordrhein-Westfalen eine Finanzpolitik kreieren wollen, die Sie präventive Finanzpolitik nennen und die jetzt heißt, ganz viel Schulden zu machen, um möglichst viele Leute zu befriedigen, wenn Sie als einzige Regierungschefin in ganz Europa diesen Weg gehen, werden wir von dem höchsten Gericht in Münster überprüfen lassen, ob eine solche Politik richtig ist, damit Sie merken, dass Sie diese Politik nicht machen können.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Damit ist Ihr Politikentwurf dabei, zu scheitern. Dann wollen wir mal sehen, wie es dann in diesem Land politisch aussieht. In den letzten Tagen – wo es ernster wurde, wo man Politik machen und Dinge durchstehen musste – haben Sie oft bewiesen, dass Sie noch eine Menge lernen müssen, um ein Land gut regieren zu können. Ich glaube nicht, dass Sie diese Lehrzeit bekommen. – Schönen Dank.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Laumann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende, Herr Römer, das Wort. Bitte schön, Herr Römer.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Laumann, Sie haben gerade den schlagenden Beweis dafür geliefert, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen völlig richtig gehandelt haben, als sie die Regierung Rüttgers nach nur einer Amtsperiode in die Opposition geschickt haben.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Rüdiger Sagel [LINKE])

Sie können so viel Verrenkungen verbaler Art machen, wie Sie wollen – an einem Punkt kommen Sie nicht vorbei. Er begegnet Ihnen im Land täglich, wenn Sie mit den Menschen oder mit Ihren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern zusammenkommen. Sie haben einen finanzpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen.

(Lachen von der CDU und von der FDP – Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Zum Thema!)

Mit den Aufräumarbeiten werden wir noch viel zu tun haben. Ich will Ihnen das in aller Ruhe belegen.

(Unruhe von der CDU und von der FDP)

Deshalb, Herr Kollege Laumann, bleibt eines völlig richtig: Der Nachtragshaushalt 2010 ist die Schlussabrechnung mit der abgewählten Landesregierung.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das wird ja immer besser!)

Wir haben Wahrheit und Klarheit in den Haushalt gebracht,

(Lachen von der CDU und von der FDP)

und das wird sich auf der Strecke auch noch beweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich gebe es ja gerne zu: Ich habe mir viel Fantasie zugetraut, auch viel Fantasie, aufzuspüren, was Sie alles an Risiken, die Sie kannten, an die Seite geschoben, versteckt oder ignoriert haben. Dass sich aber ein schwarzes Loch nach dem anderen – auch durch Urteile des Verfassungsgerichtshofs gegen Ihre Politik – aufgetan hat,

(Ralf Witzel [FDP]: 1,3 Milliarden € mehr!)

das hat meine Fantasie überstiegen. Das haben Sie zu verantworten, und daran führt auch kein Weg vorbei, Herr Rüttgers. Sie sind derjenige, der in diesem Land gescheitert ist, und die Menschen haben das gemerkt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich wiederhole es gern: Vieles in diesem Haus ist anders geworden.

(Bernd Krückel [CDU]: Schlimmer!)

Zuallererst ist anders geworden, und das hat es in Nordrhein-Westfalen noch nie gegeben – Herr Kollege Laumann, das ist der Beweis dafür, dass Sie in den fünf Jahren weder etwas gelernt haben noch am Ende erfolgreich gewesen sind –, dass eine Regierung, die Regierung Rüttgers, nach nur einer Amtsperiode abgewählt worden ist. Die Menschen hatten schlicht die Nase voll von Ihrer falschen Politik. Deshalb sitzen Sie zu Recht auf der Oppositionsbank. Sie werden, Herr Kollege Laumann – das hat Ihre Rede gezeigt –, noch lange auf der Oppositionsbank sitzen bleiben müssen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Zum Thema!)

6,6 Milliarden € haben Sie in Ihrem Haushalt 2010 als Nettokreditaufnahme festgelegt. Sie wissen doch ganz genau, dass das für Sie die Hürde war, die Sie nicht überspringen wollten. Es hat nämlich einmal eine Situation wegen ganz anderer wirtschaftlicher und steuerlicher Schwierigkeiten gegeben, dass eine rot-grüne Landesregierung 6,7 Milliarden € Nettoneuverschuldung aufnehmen musste.

Sie wollten nicht darüber gehen. Sie wollten die Menschen täuschen, indem Sie Risiken verschwiegen haben, Risiken weggeschoben haben. Das ist deutlich geworden, als wir die Bilanz aufgemacht haben. Daran kommen Sie doch nicht vorbei, Herr Laschet!

Sie haben bei der Frage des Ausbaus von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren denjenigen, die mithelfen wollten, mehr Plätze zu organisieren, suggeriert, es käme auch dafür das Geld. Allerdings haben Sie nicht die finanziellen Absicherungen im Haushalt vorgenommen. Das ist aufgedeckt worden – ein schwarzes Loch, das wir gestopft haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Armin Laschet [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Herr Kollege Laschet, lassen Sie das bitte sein; ich rede nun auch zu Ende. Wir wollen uns nicht gegenseitig unterbrechen. Sie haben vorhin Gelegenheit gehabt, zu reden, und werden auch in der Zukunft noch Gelegenheit dazu haben.

Sie von Schwarz-Gelb haben doch – ich kann Ihnen nicht genau sagen, ob es auf der Strecke 2,9 oder 3 Milliarden waren – einen Raubzug durch die kommunalen Kassen veranstaltet, der dazu geführt hat, dass sie überhaupt nicht mehr in der Lage sind, Aufgaben zu erfüllen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Gleichzeitig haben Sie als Landesregierung eine Politik unterstützt, die dafür gesorgt hat, dass Nord-

rhein-Westfalen nachhaltig Steuermindereinnahmen in einer Größenordnung von fast 900 Millionen € pro Jahr hat.

(Ralf Witzel [FDP]: 1,3 Milliarden € Mehreinnahmen!)

17.000 Stellen allein müssten wir abbauen, um das auszugleichen. Das sagt Herr Kollege Priggen Ihnen jedes Mal. Das ist Ihre Hinterlassenschaft für dieses Land. Deshalb sollten Sie sich nicht aufplustern, sondern ganz bescheiden und demütig sein und den Wählerinnen und Wählern sagen: Ja, wir haben auch Fehler gemacht!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Eines, Kollege Laumann, will ich Ihnen nicht ersparen: Ich will durchaus einräumen, dass Sie möglicherweise prophetische Fähigkeiten haben. Dass Sie aber bei der Aufstellung des Haushalts 2010 gewusst haben wollen, wie sich die steuerliche und wirtschaftliche Entwicklung vollziehen würde, können Sie jemandem erzählen, der sich die Hose mit der Kneifzange zumacht. Das glaubt Ihnen doch niemand, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zum Schluss: So viele Verrenkungen verbaler Art Sie machen wollen – an einem kommen Sie nicht vorbei, und das ist das, was wir Ihnen immer gesagt haben: Der Nachtragshaushalt 2010 ist Ihre Schlussbilanz, Ihr finanzpolitischer Scherbenhaufen, den Sie uns hinterlassen haben. Ihn werden wir nach und nach abräumen. Dabei können Sie uns als Opposition begleiten. Bleiben Sie lange auf diesen Bänken! Da gehören Sie auch hin, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Römer. – Als Nächster hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Fraktionsvorsitzende, Herr Priggen, das Wort. Bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Dr. Papke, die Ministerpräsidentin schimpft wie ein Rohrspatz, haben Sie gerade gesagt. Ich habe sie als sehr kämpferisch empfunden. Halten Sie sich einmal einen Spiegel vor und schauen Sie sich an, wie Sie hier immer auftreten!

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Eine solche Debatte macht ja auch Spaß, und deshalb sollten Sie sich auch selber betrachten.

Herr Kollege Laumann, Sie haben gesagt, die Rede der Ministerpräsidentin Kraft

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist denn die Ministerpräsidentin?)

habe deutlich gemacht, wie schlimm es um den Finanzminister steht. Seien Sie da ganz vorsichtig!

(Beifall von der CDU)

Ich habe eben schon etwas zur Rede von Armin Laschet gesagt. Sie sollten immer vorsichtig sein, das wird auch zurückgespiegelt.

Aber Spaß beiseite! Es gibt ein paar ernsthafte Punkte, die uns alle in eine durchaus schwierige Situation bringen können. Ihre Darstellung, der Nachtragshaushalt sei ein Lügenmärchen, kann ich noch nachvollziehen, wenn Sie Finanzminister Linssen unterstellen, dass er schon bei der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2010 ungefähr im August/September 2009 wusste, dass die Konjunktur ab dem Sommer 2010 derartig anzieht.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Ich kann mich an viele Wirtschaftsweisen und Diskussionen erinnern, die uns noch 2010 vor der Landtagswahl große Angst gemacht haben. Niemand hat von 3 % Wachstum geredet. Insofern haben Sie Glück gehabt. Linssen selber hat doch noch vor der Wahl gesagt: Ich muss einen Nachtragshaushalt machen und mehr einstellen. – Das hat er ehrlicherweise vor der Wahl gesagt.

Jetzt haben wir alle Glück, um das ganz klar zu sagen, dass die Konjunktur anzieht,

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

dass die Steuereinnahmen besser sind und wir dadurch mehr Möglichkeiten haben, weniger Schulden aufzunehmen. Das ist ein Glück für uns alle.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Damit will ich gerne auf den wirklich kritischen Punkt kommen: die WestLB. Wir können uns vor dem Verfassungsgerichtshof darüber streiten, ob die Zuführung von 1,3 Milliarden € in das Sondervermögen zulässig war oder nicht. Wir sind der Auffassung, dass sie zulässig und geboten ist, weil das Land eine Garantie von über 4 Milliarden € ausgesprochen hat und diese Zuführung nach der ersten, die Sie gemacht haben, hilft, die Garantie abzudecken. Das Gericht wird seine Position dazu haben. Es wird ein Urteil geben, mit dem man umgehen wird. Das kann man nüchtern sehen.

Viel bedrohlicher ist die Entwicklung der WestLB. Wir warten alle darauf, was Herr Almunia heute in Berlin sagt. Wir sind natürlich gespannt, wie wir das Problem lösen. Dabei hilft der Verweis auf Sozialdemokraten, die zu Zeiten ihrer Alleinregierung auch andere Positionen vertreten haben, überhaupt nicht. Das ist auch aus Ihrer Ecke gekommen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ich finde Folgendes richtig: Ich habe in der Fraktion seit Langem Herrn Mostofizadeh und Herrn Becker im Nacken. Sie sagen: Macht einen Untersuchungsausschuss

(Beifall von den GRÜNEN)

und stellt fest, woher die 77 Milliarden € in den vergangenen fünf Jahren gekommen sind.

(Andreas Krautscheid [CDU]: 20 Milliarden €! – Weitere Zurufe von der CDU)

– 77 Milliarden €! – Wir haben ausreichende Hinweise, dass drei Viertel dieses Geldes, der Risiken, ab 2006 aufgenommen worden sind,

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Nein!)

weil die Bank in Liquidität geschwommen ist und weil die Finanzjongleure gemeint haben, sie dürften mit den Sicherungen, die sie hatten, „Monopoly“ spielen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will es klar sagen: Ich halte es für richtig, das zu machen. Denn es kann nicht sein, dass zu den 77 Milliarden € im weiteren Prozess noch weitere Risiken hinzukommen, die hinterher die öffentliche Hand tragen muss, und nicht klar aufgedeckt wird, wer für die Kettenbriefe, die gespielt worden sind, wirklich die Verantwortung trägt, sondern die gleichen Leute an anderen Stellen weitermachen können. Das ist genau zu untersuchen. Wir sollten alle vorsichtig sein. Sie sollten sehr vorsichtig sein. Wenn das stimmt, was wir erfahren haben, dass drei Viertel der Summe in Ihrer Zeit angelegt worden sind,

(Widerspruch von Armin Laschet [CDU])

gibt es wenig Grund, bei der WestLB übermütig zu werden. Wir können alle nur hoffen, dass wir eine Lösung hinbekommen, bei der die Risiken für das Land minimiert werden.

Herr Dr. Papke, abschließend kurz zu Ihnen: Machen Sie sich um das Nervenkostüm der Regierung keine Sorgen.

(Serdar Yüksel [SPD]: Genau!)

Die Arbeit, auch in einer Minderheitsregierung, ist anstrengend. Aber bis jetzt lohnt sie sich. Wir haben erste wichtige Punkte gesetzt. Wir werden weitermachen. Wir haben einen erkennbar anderen Kurs. „Privat vor Staat“ ist zu Ende.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gott sei Dank!)

Wir kümmern uns um die Kinder im Land und wollen sie mitnehmen. Das ist die neue Linie. Das machen wir in aller Ruhe weiter, solange erkennbar niemand anders bereit ist, sich der Aufgabe zu stellen, und wir machen es gut. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Die Linke der Abgeordnete Sagel das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, Herr Kollege!)

Rüdiger Sagel (LINKE): Frau Präsidentin! Damen und Herren! Zunächst ein paar Sätze zum faktenfreien Klamauk, der von CDU und FDP abgeliefert wird. Herr Laumann, ich kann Ihnen nur sagen: Der Herr des Sumpfes, von dem Sie gerade gesprochen haben, sitzt bei Ihnen immer noch in der ersten Reihe. Er heißt Rüttgers.

(Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Es ist gut, dass wir diesen Herrn des Sumpfes in den vorläufigen Ruhestand geschickt haben, obwohl er hier noch in der ersten Reihe sitzen darf. Links wirkt. Das haben wir gezeigt. Ich wünsche Ihnen eine gute Reise nach Rom oder sonst wo, Herr Rüttgers.

(Beifall von der LINKEN)

Vielleicht noch ein paar Sätze zu dem, was zur angeblich irrwitzigen Schuldenpolitik der Linken gesagt worden ist. Das ist nun wirklich der größte Unsinn, den ich hier jemals gehört habe.

(Lachen von der CDU)

Denn wenn eine Partei, wenn eine Fraktion für eine solide Haushaltspolitik streitet, dann doch wohl Die Linke.

(Beifall von der LINKEN – Lautes Lachen von CDU und FDP – Lachen von einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wir sind diejenigen, die für solide finanzierte Haushalte streiten. Wir sind diejenigen, die sagen: Wir brauchen endlich Haushaltsverbesserungen. Wir brauchen endlich eine höhere Spitzensteuer. Wir brauchen endlich eine Millionärssteuer.

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

Wir brauchen endlich eine höhere Erbschaftsteuer. Wir müssen endlich diejenigen, die in Deutschland die dicke Kohle haben, ordentlich besteuern! Wir sind diejenigen, die für Steuergerechtigkeit streiten. Das ist hier im Landtag im Moment allein die Linke.

(Beifall von der LINKEN)

Ich hoffe, dass SPD und Grüne endlich mitmachen. Aber wir sind diejenigen, die für eine solide finanzierte Politik in Nordrhein-Westfalen stehen! Sie sind die Schuldenmacher. Sie haben in fünf Jahren 23 Milliarden € neue Schulden gemacht. Das ist die Realität, die wir hier erleben.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist nicht Ihr Ernst!)

Wir sind auch dafür, dass endlich wirklich etwas für diejenigen getan wird, die zu den sozial Schwächeren im Land gehören. Wir sind diejenigen, die endlich die Studiengebühren abschaffen wollen – und zwar sofort.

(Beifall von der LINKEN)

Wir sind diejenigen, die die Kindergärten ausreichend finanzieren wollen. Wir sind auch diejenigen, die in vielen anderen sozialen Bereichen etwas für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und für die Verbesserung der Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen tun wollen. Das ist doch die Realität. Die Schuldenmacher sitzen in den anderen Fraktionen.

(Norbert Post [CDU]: Allgemeine Heiterkeit!)

Frau Ministerpräsidentin, ich kann Ihre Empörung über die Fraktionen der CDU und der FDP durchaus verstehen,

(Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie mal was zum Porsche-Klaus!)

die für die katastrophale Haushaltspolitik in den letzten fünf Jahren mit mittlerweile 130 Milliarden € Schulden verantwortlich sind.

(Lachen von der CDU – Ralf Witzel [FDP]: Wie viel kommt dabei wohl von SPD und Grünen?)

Ich habe auch miterlebt, wie Sie hier schwarze Kassen angelegt haben, wie Sie Ihre Lobbys bedient haben. Mit der Landwirtschaftskammer ging es damals los. Sie hat mal eben 20 Millionen € mehr bekommen. Auf der anderen Seite wurden im Landesjugendplan bei den Jugendeinrichtungen 17 Millionen € gekürzt. Das war die Politik, die Sie gemacht haben.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Sie haben bei den jungen Leuten gekürzt, und bei den Lobbys haben Sie ordentlich Geld draufgelegt. Das war Ihre Politik in den letzten Jahren.

(Beifall von der LINKEN)

Frau Ministerpräsidentin, ich kann, wie gesagt, Ihre Empörung verstehen. Sie haben aber eben ein sachliches und aus meiner Sicht sehr entscheidendes Argument gebracht. Sie haben gesagt, dass aus Berlin auf nordrhein-westfälische Finanzdaten zugegriffen werden könne. Das Ganze endet vermutlich in parteipolitischen Machenschaften. Denn genau so arbeiten die Fraktionen von CDU und FDP. Das wissen wir.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Das war natürlich ein entscheidender Hinweis.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Herr Laumann, halten Sie den Ball ganz flach. Der faktenfreie Unsinn, den Sie heute erzählt haben, geht auf keine Kuhhaut.

(Beifall von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Ich komme auf die Sache zurück und sage Ihnen, Frau Ministerpräsidentin: Die Information, dass die Koalition in Berlin auf diese Finanzdaten zugreift und sie politisch verwertet, hätten wir uns zehn Tage eher gewünscht. Denn das hätte aus dieser Veranstaltung, die von CDU und FDP hier gemacht wird, ganz schnell die Luft herausgelassen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Für uns bleibt es dabei: Wir stehen für Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Deswegen haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich dazu verhalten. Wir haben nur das aufgenommen, was in der Landeshaushaltsordnung Nordrhein-Westfalen steht. Ich bin sehr gespannt, ob Sie sich noch an die Landeshaushaltsordnung erinnern und sie vielleicht unterstützen wollen. Das können Sie mit diesem Antrag tun; das wäre sehr hilfreich.

Ich möchte noch wenige Sätze zur WestLB sagen. Natürlich ist die WestLB nach wie vor ein großes Problem. Nach wie vor bestehen Milliardenrisiken, und auf uns werden noch Milliardenforderungen zukommen. Das ist die Realität. Dafür sind Sie von CDU und FDP massiv verantwortlich. Denn wer hat denn diese desaströse Finanzpolitik der WestLB – gezockt, verzockt und sich selbst mit Millionen bedient – zu verantworten? Das sind doch CDU und FDP.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben doch alles unterlassen, um die Mächenschaften bei der WestLB zu unterbinden. Und jetzt auf einmal ist alles anders. Sie sind jetzt in der Opposition und haben damit nichts mehr zu tun. Wie Teflon – alles gleitet ab. Das werden wir Ihnen so nicht durchgehen lassen. Wir werden Sie auch weiterhin mit den Fakten konfrontieren. Ich kann nur sagen: mit uns nicht. Die Linke wird weiterhin Druck machen. Wir wollen Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN und von Bernhard von Grünberg [SPD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sagel. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Damit sind wir am Schluss der Beratungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der FDP hat um direkte Abstimmung gebeten. Wer dem Inhalt des **Antrags Drucksache 15/1198** zustimmen möchte, den darf ich jetzt um das Handzeichen bitten. – Das sind die Abgeordnete

ten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Die Koalition der Haushaltskonsolidierung!)

Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Damit hat der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit bekommen und ist **abgelehnt**.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich lasse des Weiteren abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/1235**. Wer diesem Entschließungsantrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion Die Linke.

(Gunhild Böth [LINKE]: Das wollen Sie gar nicht?)

Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Damit ist auch der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

3 **Castor-Transporte und damit unnötige Risiken für Mensch und Umwelt vermeiden – Hochradioaktive Brennelementekugeln weiterhin am ehemaligen AVR Jülich zwischenlagern**

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1194 – Neudruck

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellenden Fraktionen, zunächst für die Fraktion der SPD, dem Kollegen Stinka das Wort.

(Unruhe)

– Alle, die den Saal verlassen oder diverse Dinge bilateral im Gespräch klären wollen, darf ich bitten, das am Rande des Plenarsaals zu machen. – Bitte schön, Herr Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das vergangene Jahr hat uns ganz deutlich gezeigt: Die Menschen in Deutschland und speziell in Nordrhein-Westfalen wollen keine Atomkraft. Sie wollen auch nicht, dass hochgiftiger, strahlender Müll auf Straßen und Schienen unterwegs ist.

Wenn ich mir die Situation im vergangenen Jahr vor Augen führe, weiß ich, dass die Bevölkerung in der politischen Arbeit selten so eindeutig gegen diese Transporte war. Das habe ich während meiner poli-